



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 11. Juni 2018**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

24. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr.
Ende der Sitzung: 19.08 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 23. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2018 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

An w e s e n d e

Vorsitzender: 1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Margarete Josseck-Herd

Gemeinderäte:

Christian Fila

Elke Ruetz

Egon Schatzmann

Ingo Spindler

DI. Gunter Haydinger

Dietmar Marehard

Ralph Schäfer, BSc

Olivera Stojanovic, BSc

Christiane Kroiß

Sandra Wohlschlager

Ronald Schiefermayr

Georg Taitl

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Klaus Hoflehner

Johann Reindl-Schwaighofer

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Karl Schönberger

Christian Kittenbaumer

Stefan Ganzert

Mag. Phil. Mato Simunovic

Mag. Bernhard Humer

Barbara Wildfellner

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Sybille Prähofer

Stefan Haböck

Markus Wiesinger

Walter Zaunmüller

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

MMag. Stefanie Rumersdorfer

Mag. Peter Sönsner

Prof. Mag. Walter Teubl

NEOS

Gemeinderat:

Markus Hufnagl

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaner

Helga Rosenberger

Entschuldigt:

Bgm. Dr. Andreas Rabl, GR. Christian Fila, GR. Laurien Scheinecker, BA, GR. Ernst Kirchmayr

Verlauf der Sitzung

Der Vizebürgermeister begrüßt alle Anwesenden und ersucht diese kurz innezuhalten, um einer großen Persönlichkeit zu gedenken.

Wir gedenken Herrn Prof. Werner Wigelbeyer, der am 2. Juni an den Folgen einer Lungenerkrankung verstarb. Prof. Werner Wigelbeyer war nicht nur eine prägende Figur in Oberösterreichs politischer Landschaft sondern ganz besonders eine wegweisende Persönlichkeit in der Welser Politik- und Kulturlandschaft. Prof. Werner Wigelbeyer wurde 1967 in den Gemeinderat gewählt, war Stadtrat, Vizebürgermeister, Kulturreferent und Fraktionsobmann. Ab 1973 bis 1997 war er Landtagsabgeordneter, ab 1976 bis 1991 Vizebürgermeister und Stadtparteiobmann. Er beendete seine politische Karriere 1997 und erhielt am 08.06.1998 das Goldene Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich.

Ich konnte seine politischen Aktivitäten persönlich nicht mehr wahrnehmen. Was wir aber alle noch heute wahrnehmen können ist sein kulturelles Erbe und sein kulturelles Vermächtnis, wo wir noch heute in vielen Bereichen die Handschrift von Prof. Werner Wigelbeyer wiederfinden.

Jedoch hatte ich die Gelegenheit Prof. Werner Wigelbeyer später persönlich kennen und schätzen zu lernen. Er war für mich eine sehr ruhige und angenehme Persönlichkeit, der sehr viel zu erzählen wusste, gerade auch was die politische Geschichte der Stadt Wels betraf. Er war für mich ein Mann, der nie von oben herab auf andere zeigte. Besonders beeindruckte mich, dass Prof. Werner Wigelbeyer nach seiner aktiven Zeit sich lange Jahre in den Dienst einer guten Sache stellte und als Schülerlotse für mehr Sicherheit auf unseren Straßen sorgte. Er war ein unheimlich beliebter und fürsorglicher Schülerlotse.

Seine letzte Botschaft ist und war „Und wenn du dich getröstet hast, wirst du froh sein mich gekannt zu haben. Du wirst immer ein Freund sein, du wirst dich daran erinnern, wie gerne du mit mir gelacht hast“. Unser Mitgefühl gilt der Familie, den Freunden und den vielen Weggefährten. Wir werden Prof. Werner Wigelbeyer stets ein ehrendes Andenken bewahren. Danke!

Der Vizebürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 29.05.2018 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates
Verf-015-W-16-2018

Vzbgm. Kroiß: Nach dem Verzicht von GR. Mag. Georg Parzmayr ist dessen Mandat im Gemeinderat neu zu besetzen.

Nach den Bestimmungen der O.ö. Kommunalwahlordnung wurde Dietmar Marehard in den Gemeinderat nachberufen, welcher die Berufung angenommen hat. Die vorgereichten Ersatzmitglieder StR. Margarete Josseck-Herdt, LAbg. Mag. Silke Lackner und Mag. Anita Eder-Studeregger haben auf eine Nachberufung verzichtet.

Das neue Mitglied des Gemeinderates ist daher in der heutigen Sitzung anzugeloben.

Nach § 10 des Statutes der Stadt Wels haben neu berufene Mitglieder vor dem versammelten Gemeinderat ein Gelöbnis mit den Worten "Ich gelobe" zu leisten. Ich ersuche sie daher nochmals sich von ihren Plätzen zu erheben.

Zur Angelobung darf ich den Herrn Magistratsdirektor um Verlesung der Gelöbnisformel ersuchen.

Magistratsdirektor Dr. Peter Franzmayr liest vor:

„Ich gelobe die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen zu fördern.“

Dietmar Marehard: Ich gelobe.

Vzbgm. Kroiß: Ich gratuliere und freue mich auf die Zusammenarbeit.

Nachwahl in Ausschüsse des Gemeinderates
Verf-015-W-15-2018

Vzbgm. Kroiß: Aus Anlass des Verzichtes von GR. Mag. Georg Parzmayr hat die FPÖ-Gemeinderatsfraktion einen Wahlvorschlag für die Nachwahl in die Ausschüsse des Gemeinderates eingebracht.

Bei der Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ausschüsse ist aus formeller Sicht zwischen dem Kontrollausschuss und den sonstigen Ausschüssen zu unterscheiden. Es sind daher zwei Wahlen durchzuführen. Beide Wahlen sind in Fraktionswahl vorzunehmen, stimmberechtigt sind jeweils die Mitglieder der FPÖ-Gemeinderatsfraktion. Die Wahlvorschläge liegen auf. Diese lauten:

Wahlvorschlag für Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ausschüsse

Finanz- und Präsidialausschuss

GR. Dietmar Marehard als Mitglied anstelle von GR. Mag. Georg Parzmayr

Sozial- und Wohnungsausschuss

GR. Dietmar Marehard als Mitglied anstelle von GR. Mag. Georg Parzmayr

Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss

GR. Dietmar Marehard als Mitglied anstelle von GR. Ralph Schäfer, BSc

Generationenausschuss

GR. Dietmar Marehard als Ersatzmitglied anstelle von GR. Mag. Georg Parzmayr

Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss

GR. Dietmar Marehard als Ersatzmitglied anstelle von GR. Mag. Georg Parzmayr

Kulturausschuss

GR. Dietmar Marehard als Ersatzmitglied anstelle von GR. Mag. Georg Parzmayr

Verkehrsausschuss

GR. Ralph Schäfer, BSc, als Ersatzmitglied anstelle von GR. Mag. Georg Parzmayr

Dieser Wahlvorschlag wird in Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

Wahlvorschlag für den Kontrollausschuss

GR. Ralph Schäfer, BSc, als Mitglied anstelle von GR. Mag. Georg Parzmayr

GR. Dietmar Marehard als Ersatzmitglied anstelle von GR. Ralph Schäfer, BSc

Dieser Wahlvorschlag wird in Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

Bestellung neuer Mitglieder des Personalbeirates

DI-PersR-044-2015

Vzbgm. Kroiß: Aus Anlass des Verzichtes von GR. Mag. Georg Parzmayr hat die FPÖ-Gemeinderatsfraktion einen Wahlvorschlag für die Bestellung eines neuen Mitgliedes des Personalbeirates eingebracht lautend auf GR. Ralph Schäfer, BSc. Diese Bestellung soll mit Beschlussfassung wirksam werden.

Weiters wurde aufgrund der Ruhestandsversetzung von GR. Ernst Kirchmayr ab 01.10.2018 Frau Judith Peck in der Personalvertretungssitzung am 23.05.2018 als Nachfolgerin zur Vorsitzenden-Stellvertreterin der Personalvertretung bestellt. Als Folge dieser Bestellung wurde von der Personalvertretung Frau Judith Peck als neues Mitglied

des Personalbeirates als Dienstnehmervvertreterin bekanntgegeben und vorgeschlagen. Diese Bestellung soll am 01.10.2018 wirksam werden.

Zuständig für die Bestellungen ist nach § 20 Abs. 2 Oö. Objektivierungsgesetz 1994 der gesamte Gemeinderat. Es gelten die normalen Beschlussfassungserfordernisse nach § 28 Abs. 1 und 2 GOGR. Über die Bestellungen ist getrennt abzustimmen.“

Der Wahlvorschlag betreffend neues Mitglied des Personalbeirates lautend auf GR. Ralph Schäfer, Bsc, wird

einstimmig angenommen.

Der Wahlvorschlag betreffend neues Mitglied des Personalbeirates lautend auf Frau Judith Peck wird

einstimmig angenommen.

Anfragen

Anfrage von GR. Mag. Peter Sönser gemäß § 10 GOGR an StR. Klaus Hoflehner betreffend aktuelle Verkehrs-/Mobilitätslage in Wels-Wispl
Verf-015-W-11-2018

Sehr geehrter Herr Stadtrat Klaus Hoflehner!

Situation/Skizze:

In Wels-Wispl liegen Wohnen und gewerbliche Betriebe im Bereich von Römerstraße, Oberfeldstraße/Neinergutstraße sowie Vogelweiderstraße – wie in sehr vielen Bereichen der Stadt – sehr nah beisammen. In Bezug auf die unterschiedlichen Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmer führt das regelmäßig zu teils äußerst kritischen Situationen bis hin zu erheblichen Gefährdungen.

Gemäß § 10 GOGR richte ich daher folgende Anfrage an Sie:

1. Bereich: Wie kann die bestehende Lücke beim Radweg entlang der Vogelweiderstraße – Kreuzung Vogelweiderstraße/Römerstraße bis Vogelweiderstraße/Einfahrt VFI – geschlossen werden und wann und in welcher Form ist mit einer Umsetzung zu rechnen?

Antwort:

Die Verbindung der bestehenden Radwege entlang der Vogelweiderstraße wird seit über 10 Jahren in der Stadt- und Verkehrsplanung, Stadtentwicklung, vorangetrieben. Der gegenständliche Bereich konnte bis dato nicht umgesetzt werden, da die vorgeschlagenen Maßnahmen im Projekt BauD-VP-327-05-2010 Lückenschluss Geh- und Radweg im Bereich zwischen Billrothstraße und Römerstraße nur im Zusammenhang mit der Einfahrts- und Zufahrtslösung der direkt angrenzenden Firmen VFI und Teufelberger entwickelt werden können. Im genannten, vorliegenden Projekt, welches mit dem Straßenverwalter dem Land Oberösterreich abgesprochen bzw. gemeinsam entwickelt wurde, sind geplante und angekündigte Umbaumaßnahmen der beiden Firmen enthalten bzw. sogar Voraussetzung, um diesen Lückenschluss

durchführen zu können. Ein dazu notwendiger Grundbedarf im Bereich der VFI und im westlichen Bereich ist bereits eingelöst. Die baulichen und räumlichen Voraussetzungen für einen projektierten Geh- und Radweg stadtauswärts sind gegeben, sobald die seit 2010 angekündigte Neugestaltung der Zufahrt zur Firma Teufelberger in diesem Bereich umgesetzt wird. Mir liegen im Moment keine aktuellen Informationen vor. Ich habe allerdings vor, dass ich gemeinsam mit dem Herrn Baudirektor Initiativen setzen werde, um das im Grunde bereits Geplante umzusetzen.

2. Bereich: Von der Linie Wels besteht auf der Vogelweiderstraße Höhe Hydenstraße eine Bushaltestelle. Diese Bushaltestelle gibt es jedoch nur in eine Richtung. Um stadteinwärts zu gelangen, müssen NutzerInnen einen Umweg über Laahen und Neustadt in Kauf nehmen. Ursprünglich war eine weitere Haltestelle in Fahrtrichtung Innenstadt geplant. Die baulichen Voraussetzungen dafür sind geschaffen, allerdings dient diese „nicht abschließend fertiggestellte Haltestellenbuch“ derzeit „wildem Parken“! Wann kann hier mit einer Umsetzung gerechnet werden und welche Initiativen können gesetzt werden, dass diese Haltestelle auch vom überregionalen öffentlichen Verkehr angefahren wird, da dies gerade für Schülerinnen und Schüler sowie auch für ältere Menschen eine wesentliche Verbesserung darstellen würde?

Antwort:

Im Zuge der Erstellung des Bebauungsplanes Hydenstraße wurde die Möglichkeit vorausschauend geschaffen bei Bedarf eine Bushaltestelle zu errichten. Die Vogelweiderstraße wird im Bereich der Hydenstraße derzeit von der Linie 4 Laahen nur in Richtung stadtauswärts bedient. Eine allfällige Einrichtung einer Haltestelle liegt beim Betreiber der Welser Linie. Eine diesbezügliche Anfrage wurde bereits an den derzeitigen Linienbetreiber gestellt und wird mit dem Land Oberösterreich und dem Verkehrsverbund hoffentlich geklärt werden im Sinne der Nutzer und Nutzerinnen.

3. Bereich: Der LKW-Verkehr auf der Vogelweiderstraße führt regelmäßig zu Problemen im fließenden Verkehr. Dies führt insbesondere zu den sog. „Stoßzeiten“ vor allem in der Früh, Mittag und in den späten Nachmittagsstunden im Bereich der Werkzufahrten Teufelberger/VFI, die unmittelbar gegenüberliegend situiert sind, zu erheblichen Staus und damit verbunden Gefahrensituationen für sämtliche Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmer. Welche Maßnahmen können hier getroffen werden, um insbesondere Rückstaubildungen bei der Zufahrt zur VFI zu vermeiden und wann kann mit einer Umsetzung gerechnet werden?

Antwort:

Die Vogelweiderstraße ist eine Landesstraße. Im Zuge der Betriebserweiterung VFI im Jahr 2013 wurde eine Linksabbiegespur aus Süden kommend auf der Vogelweiderstraße zur VFI errichtet. Zusätzlich wurde das Einfahrtsterminal VFI mit einer Ampel-Schranken-Steuerung mit ausreichendem Abstand zur Vogelweiderstraße aufgrund einer Auskunft der Firma VFI ausgestattet. Eine Verbesserung der Situation könnte betriebsintern hergestellt werden, indem die Aufstellungsflächen im Einfahrtsbereich für die ankommenden LKWs – diese sind tatsächlich ein sichtbares Hindernis – auf die aktuellen Gegebenheiten abgestimmt und verlängert wird. Auch zu diesem Punkt werde ich gemeinsam mit dem Herrn Baudirektor bei beiden Firmen schauen, damit dementsprechende Umsetzungsmaßnahmen erfolgen. Jeder, der die Situation kennt, weiß, dass diese sehr schwierig sein kann.

Vielleicht erlauben sie mir außerhalb dieser Anfrage-Beantwortung einen Satz zur Gesamtsituation zu sagen. Es stimmt, ich stimme dir vollkommen bei, es wurde in der Presse so geschrieben. In Wels liegen in vielen Bereichen der Stadt Wohnen und gewerbliche Betriebe sehr nahe beisammen, das führt tatsächlich zu Konflikten und behindert die eine oder andere Lösung. Ich weiß, der Herr Baudirektor und der Referent für Stadtplanung sind mit mir einer Meinung, hier tatsächlich in Richtung Gesamtplanung im Verbund einiges zu tun zu haben.

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an Frau StR. Margarete Josseck-Herdt gemäß § 10 GOGR betreffend Rahmenbedingungen Kinderbetreuung Verf-015-W-14-2018

Sehr geehrte Frau Stadträtin Josseck-Herdt!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

Sprachförderung im Kindergarten

1. Die Verbesserung der Sprachkenntnisse der Kindergartenkinder seit der Einführung der neuen Sprachförderung soll lt. Anfragebeantwortung vom 16.10.2017 an der Anzahl der außerordentlichen SchülerInnen ablesbar sein. Welche Zahlen sind hier bekannt? Wie hat sich die Anzahl der außerordentlichen SchülerInnen vor und nach der Einführung verändert?
2. Welche Vergleichswerte gibt es bei den Sprachstandsfeststellungen vor und nach der Einführung der Sprachförderung Neu? Welche Fortschritte sind mit den Bögen zur Erfassung der Sprachkompetenz (BSK) festzustellen?
3. Wann wird es eine wissenschaftliche Evaluierung geben? Wer wird sie durchführen (Universität, Institut, ProfessorIn)? Wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?

Einführung Kindergartengebühr

1. Wurde die im Generationenausschuss vom 19.02.2018 angekündigte Evaluierung bezüglich eventueller Gruppenzusammenlegung aufgrund von Abmeldungen bereits durchgeführt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht und wann ist damit zu rechnen?
2. Wurden und werden die Gründe für die Abmeldungen evaluiert und wird bei Bedarf entgegengesteuert, um diesen Kindern die Möglichkeit zu geben zurück in die Nachmittagsbetreuung zu kommen?
3. Wurde evaluiert, warum in manchen Stadtteilen (z.B. Kindergarten Herderstraße, Kindergarten Noitzmühle etc.) mehr Kinder abgemeldet wurden als in anderen? Wenn ja, was ist das Ergebnis? Wenn nein, ist eine Evaluierung dieser Art angedacht?

Neubau / Sanierung Kindergärten Pernau

1. Wann ist mit dem Neubau des Kindergartens samt Hort in der Pernau zu rechnen?
2. Wann beginnt die Sanierung der Kindergärten Herderstraße und Lessingstraße?

Krabbelstuben der Stadt-Wels

1. Wieviele Krabbelstubeplätze sind in den städtischen Krabbelstuben insgesamt vorhanden?
2. Wieviele Kinder sind auf der Warteliste?
3. Ist es angedacht generell weitere städtische Krabbelstuben zu bauen? Wenn ja, in welchem Zeitraum soll dies geschehen? Wenn nein, warum nicht?
4. Ist es angedacht auch in anderen Stadtteilen, vor allem im Osten, Norden und Mitte (z.B. Pernau, Neustadt, Innenstadt etc.) städtische Krabbelstuben zu errichten? Wenn ja, in welchem Zeitraum soll dies geschehen? Wenn nein, warum nicht?

Anmeldesystem Edwin

1. Wieviel hat die Umstellung auf das System „Edwin“ gekostet?
2. Wie viele MitarbeiterInnen wurden insgesamt auf das neue System eingeschult?
3. Wird das System auch in den kommenden Jahren genutzt werden?
4. Wird es auf private Kinderbetreuungseinrichtungen erweitert? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?

Vzbgm. Kroiß: Frau StR. Josseck-Herdt teilte mir mit, dass sie diese Anfrage in der Gemeinderatsitzung am 09.07.2018 mündlich beantworten wird.

Mitteilungen

Vzbgm. Kroiß: Mit Schreiben vom 06.06.2018 hat die FPÖ-Gemeinderatsfraktion GR. Ralph Schäfer, BSc als neuen Fraktionsvorsitzenden ab 06.06.2018 bekannt gegeben. Ich gratuliere dazu ganz herzlich!

Zur Aufsichtsbeschwerde von GR. Mag. Walter Teubl betreffend Rechnungsabschluss (DI-Verf-160-2017) vom 31.07.2017 teilt die Direktion Inneres und Kommunales des Landes mit Schreiben vom 14.05.2018 Folgendes mit:

In der gegenständlichen Angelegenheit teilen wir nach Abstimmung mit der Direktion Verfassungsdienst abschließend Folgendes mit:

Die im Statut für die Stadt Wels 1992 (StW. 1992) geregelten Kompetenzen des Kontrollausschusses stellen Spezialbestimmungen dar, was auch zu einer entsprechend einschränkenden Interpretation führen muss.

Dem Kontrollausschuss kommen daher nur die im StW. 1992 eingeräumten Befugnisse und Rechte zu. Dies umfasst nach § 40b Abs. 1 leg.cit. „neben dem Recht der Auftragserteilung gemäß § 39 Abs. 2 insbesondere die Behandlung sämtlicher Berichte der Kontrollstelle“; darüber hinaus kommen dem Kontrollausschuss (nur) jene Aufgaben zu, die sich aus § 40 Abs. 1 erster Satz leg.cit. ergeben bzw. ihm in diesem Sinn vom Gemeinderat zur Vorberatung und zur Abgabe von Gutachten übertragen werden. Eine quasi autonome umfassende Prüfungszuständigkeit des Kontrollausschusses besteht daher mangels gesetzlicher Deckung nicht.

Zur Effektuierung seiner Zuständigkeiten bzw. Kompetenzen bedarf es in jedem Fall eines Beschlusses des Kontrollausschusses, der als Kollegialorgan nur so seinen Willen bilden kann.

Eine Befassung des Kontrollausschusses erfolgt entweder aufgrund eines entsprechenden Antrages zur Auftragserteilung gemäß § 39 Abs. 2 StW. 1992, aufgrund eines von der Kontrollstelle gemäß § 39 Abs. 3 StW. 1992 vorgelegten Berichts oder aufgrund der Zuweisung einer Angelegenheit durch den Gemeinderat gemäß § 40 Abs. 1 StW. 1992. Liegen solche Beratungsgegenstände vor, sind diese auf die Tagesordnung der Sitzung zu nehmen und diese dort im Umfang des Antrages bzw. des Berichtes zu beraten und abzustimmen.

Beratungsgegenstand in der fraglichen Sitzung des Kontrollausschusses war (ausschließlich) der Prüfungsbericht der Kontrollstelle zum Rechnungsabschluss 2016, der vom Kontrollausschuss zu behandeln ist. Inhalt des Beratungsgegenstandes ist daher der Prüfungsbericht der Kontrollstelle, der formal vom Rechnungsabschluss an sich zu trennen ist. Bei der Beratung sind allfällige Fragen in erster Linie an die Leiterin bzw. den Leiter der Kontrollstelle zu richten und könnte uU diese bzw. dieser ersucht werden, in die Akten der Gebarungsprüfung der Kontrollstelle Einsicht zu gewähren. Weiters kann allenfalls argumentiert werden, dass der Rechnungsabschluss als solcher eine im Hinblick auf den Beratungsgegenstand (Prüfbericht der Kontrollstelle) 'notwendige' Unterlage gemäß § 9 Abs. 5 StW. 1992 ist, in die die bzw. der Vorsitzende beim Magistrat Einsicht nehmen darf. **Eine darüber hinausgehende Möglichkeit zur Einsichtnahme in sonstige Unterlagen ist mangels gesetzlicher Deckung unter dem genannten Beratungsgegenstand uE jedenfalls nicht vorgesehen. Dies betrifft umso mehr solche Unterlagen, die gar nicht unmittelbar Gegenstand des Rechnungsabschlusses sind, sondern nur Basis für dessen rechnerische Zusammenstellung.**

Wir weisen darauf hin, dass § 56 StW. 1992 eine abschließende Spezialbestimmung für den Rechnungsabschluss enthält.

Im Übrigen teilt die Aufsichtsbehörde im Ergebnis die von der Stadt Wels im Schreiben vom 05. Dezember 2017 vertretene Rechtsansicht, dass das in § 2 Abs. 5 GOGR. eingeräumte Informationsrecht nicht uneingeschränkt gilt (arg. „Bestimmungen über die Amtsverschwiegenheit bleiben hierdurch unberührt“.).

Bei der Übermittlung von bzw. Einsichtnahme in „zur Behandlung einer solchen Angelegenheit notwendigen Unterlagen“ oder auch bei der Erteilung einer erforderlichen Auskunft gemäß § 2 Abs. 5 GOGR. sind daher die Bestimmungen über die Amtsverschwiegenheit (Art. 20 Abs B-VG) und auch das Datenschutzgesetz 2000 – DSG 2000 zu beachten.

Die Stadt Wels hat daher im Einzelfall auch unter Berücksichtigung der gebarungsrelevanten Wesentlichkeit der begehrten Unterlagen und Auskünfte zu prüfen, ob und in welchem Umfang sie einem Ersuchen nach § 2 Abs. 5 (allenfalls iVm § 38 Abs. 9) GOGR. nachkommen kann, ohne die ihr obliegenden Verschwiegenheitspflichten zu verletzen.

Dieses Schreiben ergeht abschriftlich auch an Herrn GR Prof. Mag. Walter Teubl.

Es ist dem Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung zur Kenntnis zu bringen. Der Auszug aus dem Sitzungsprotokoll ist der Aufsichtsbehörde anschließend unaufgefordert vorzulegen.“

In der Gemeinderatssitzung am 16.10.2017 wurde gemäß § 39 Abs. 4 Statut der Stadt Wels 1992 ein Antrag auf Prüfung der eww ag, Linie Wels, vertragliche Verhältnisse (StRH-46-2017) eingebracht, welcher von einem Drittel der Gemeinderäte unterstützt wurde. Dieser Antrag lautet:

„Die unterfertigten Gemeinderäte beauftragen den Stadtrechnungshof mit der Überprüfung der vertraglichen Verhältnisse zwischen der Stadt Wels, ihren Beteiligungen und der Linie Wels. Im Hinblick auf die bevorstehende Neuausschreibung der Verkehrsdienstleistungen im öffentlichen Personennahverkehr in Wels ist zu klären,

- durch welche Verträge derzeit dieses Public Private Partnership geregelt ist und was deren Inhalt ist
- welche anderen Konstruktionen möglich wären und in vergleichbaren Städten (etwa Linz oder Salzburg) realisiert sind
- inwieweit die derzeitigen vertraglichen Verhältnisse im Vergleich zu anderen möglichen Konstruktionen für die Stadt Wels einen finanziellen Vorteil bedeuten.“

Diesem Antrag wurde gemäß § 39 Abs. 4 Statut der Stadt Wels 1992 entsprochen. Die Prüfung wurde durchgeführt und der Prüfbericht dem Kontrollausschuss vorgelegt. In seiner Sitzung am 24.05.2018 wurde dieser behandelt und zur Kenntnis genommen.“

Aktuelle Stunde

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion hat das Thema „Situation der schulischen Ganztagesbetreuung in Wels“ bekanntgegeben.

StR. Reindl-Schwaighofer: Die Sozialdemokratische Fraktion entschied sich für eine Aktuelle Stunde zum Thema schulische Ganztagesbetreuung in Wels, nachdem wir im

letzten Kultur- und Bildungsausschuss intensiv darüber diskutierten und sahen, dass es verschiedene Meinungen in den Fraktionen gibt. Es war uns klar, dass wir darüber eine grundsätzliche Diskussion brauchen, um deutlich zu machen welche gesellschaftliche Bedeutung, welche Zukunftsbedeutung ganztägige Schulformen haben und welche Auswirkungen es haben wird, wenn wir in diesem Bereich keine Aktivitäten setzen.

Für mich, für uns als sozialdemokratische Fraktion ist die Ganztagesbetreuung in den Schulen eine der wesentlichsten Zukunftsfragen unserer Gesellschaft. Ich hatte das Glück beim vergangenen Österreichischen Städtetag in einem Arbeitskreis mitarbeiten zu dürfen, der sich mit einem Bericht der OECD beschäftigte. Darin steht: Ein Land, indem die familiären sozialen Determinanten die größte Auswirkung haben auf die späteren schulischen Leistungen.... D.h. die sozialen Milieus, in denen Kinder hineingeboren werden, sind noch immer dafür ausschlaggebend, ob Kinder einen guten schulischen Abschluss machen können und infolge auch gute berufliche Ausbildungschancen haben oder ob das eben nicht der Fall ist.

Lassen sie mich zuerst ein wenig die Situation in Wels verdeutlichen. Ich vermute, dass nicht alle die Situation in Wels kennen und sozusagen die Rahmenbedingungen einschätzen können. Das ist kein Vorwurf, es liegt einfach in der Natur der Sache. Im Ausschuss wurde ausführlich diskutiert, nun ein paar Zahlen:

In Wels haben wir 2.640 Kinder in öffentlichen Volksschulen, 1.800 Kinder in den Neuen Mittelschulen, in den Volksschulen Stadtmitte, Perna, Neustadt und in der ISZ Vogelweide (in letzter Zeit wurde über die ISZ öfter diskutiert, weil es darum ging ob diese Schulform weitergeführt werden kann oder nicht) mit Ganztagesbetreuung. Es gibt noch immer Stadtteile, in denen wir in den Volksschulen keinerlei ganztägige Betreuung haben. In der Neuen Mittelschule Stadtmitte, Perna, Vogelweide, Lichtenegg und in der NMS der Franziskanerinnen gibt es eine Ganztagesbetreuung. Im Stadtteil Neustadt gibt es kein ganztägiges Schulangebot. Vielleicht gehe ich auf die Mozartschule in der Neustadt ein. Diese machte heuer bei Schuleinschreibung in die NMS eine Erhebung unter den Eltern. Es wurde deutlich, dass alleine bei dieser Erhebung 70 Kinder für eine ganztägige Schulform angemeldet würden, wenn es sie gäbe. Die Mozartschule würde das gerne umsetzen, nur lässt leider zur Zeit die Infrastruktur das nicht zu.

Eine Ganztageschule ist nur umsetzbar, wenn ausreichend Infrastruktur, Raumressourcen verfügbar sind, wir brauchen eine Küche, einen Speisesaal – nur so können wir eine GTS anbieten. Eine GTS ist verknüpft mit der Verabreichung eines Mittagessens.

In der VS Lichtenegg und in der Vogelweide gibt es kein Ganztagesangebot, d.h. es gibt zweimal Doppelvolksschulen aber kein ganztägiges Betreuungsangebot. Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, vor allem für Frauen, hängt natürlich die Wahlfreiheit zusammen, ob die Eltern die Möglichkeit haben eine ganztägige Schulbetreuung in Anspruch zu nehmen.

Das Bundesministerium schreibt und die OECD geht davon aus, dass bei einem 40%igen Angebot von einer Bedarfsdeckung gesprochen werden kann. Wir haben in Wels eine Betreuungsquote von 27 %, wenn ich mir erlaube die Horte miteinzubeziehen. Insgesamt sind wir noch weit von dieser 40 %-Quote entfernt. Verweisen möchte ich auf den Arbeitskreis des Österreichischen Städtetages – dort wurde berichtet, dass die Bundesländer Wien, Vorarlberg, Burgenland, die Städte Graz, Salzburg, annähernd diese

40%ige Betreuungsquote haben, wobei sie sich unterschiedlich verwirklichen. Z.B. gibt es in der Stadt Salzburg, ähnlich wie in Wels, ein Hortangebot, deshalb kommt die Stadt Salzburg auf fast 40 % in diesem Zusammenhang.

In Wels haben wir frühe Schul- und Ausbildungsabbrecher – das ist die Faber-Quote von 21,3 %. Diese Faber-Quote deutet darauf hin, dass wir in der Schule Kinder verlieren, weil diesen Ganztagesangebote abgehen.

In Wels gibt es in den Schulen einen sehr hohen Migrationsanteil – dieses Thema diskutieren wir ja sehr oft. Der Statistik Austria entsprechend liegt der Anteil der Welser Volksschulkinder, die im Alltag eine andere Sprache als Deutsch sprechen, bei 64 %, 67 % in den neuen Mittelschulen. Was können wir machen als versuchen Settings zu entwickeln, dass die Kinder die Chance haben im Umgang mit Gleichaltrigen Deutsch zu lernen.

Der steigende Bedarf an ganztägigen Schulen und Betreuungsformen geht ganz deutlich aus der Befragung in der Mozartschule hervor. Wir sehen, es gibt einen großen Bedarf und wir sollten in diesem Bereich wirklich Initiativen setzen.

Dieser Antrag dient zur Umsetzung einer flächendeckenden Ganztagesesschule. Dazu brauchen wir verschiedene Settings. Wir haben kurzfristige Settings, d.h. für mich, wir müssen identifizieren, wo wir kurzfristig Angebote verwirklichen können, z.B. in der Mozartschule. Wir müssen uns anschauen, wie und wo wir durch bauliche Maßnahmen die Gebäude so aufbereiten damit wir eine Chance haben die GTS anzubieten. Um die Wahlfreiheit für die Eltern herzustellen, müssen wir neben dem Angebot der GTS auch eine Schule errichten, in der wir ein verschränktes Angebot umsetzen können. Hinweis: In der Stadt Salzburg und in Vorarlberg geht es derzeit in Richtung Umsetzung verschränkter Schulformen, weil diese Schulformen von allen Wissenschaftlern und Spezialisten als die klarste und zielgerichtetste im Bereich der Ganztagesbetreuung gesehen wird.

Das Ganztagesangebot ist eine wunderbare Form wenn es darum geht, dass die Kinder mit den Lehrern in der Schule gemeinsam lernen. Da haben wir z.B. in der NMS Lichtenegg die schultaschenfreie Schule. Wenn die Kinder von der Ganztagesbetreuung nach Hause kommen, müssen sie zu Hause keine Hausaufgaben machen. Es ist garantiert, dass die Kinder die Hausaufgaben bereits in der Schule machten. Wir brauchen also auch ein Angebot für die Ferien, für die Zwickeltage und für die schulautonomen Tage.

Ein weiteres Thema ist die Anpassung der Betreuungszeiten. Heute wird von den Menschen eine hohe Flexibilität am Arbeitsmarkt verlangt. Es gibt den Wechseldienst, kurzfristige Sonderschichten usw. Nur die Betreuungszeiten für die Kinder sind für die Eltern, meistens für die Frauen, eine große Herausforderung. Wir wissen, dass die GTS zur Zeit um 16.30 Uhr geschlossen werden. Was macht eine Verkäuferin, die bis 19.30 Uhr arbeiten muss? D.h. wir brauchen im Ganztagesbetreuungsangebotsbereich auch Angebote, die auf solche Arbeitssituationen Rücksicht nehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen! Die Ganztagesesschule ist natürlich nicht das „Allheilmittel“. Die GTS ist nicht etwas, welches alle Probleme im Bereich des Lernens löst, aber es ist die beste Annäherung und die beste Möglichkeit Kinder und

Jugendliche zu unterstützen. Allen, die jetzt glauben es kostet viel Geld, sollte klar sein, es ist kein Programm bis zum Jahr 2021. Das Programm des ganztägigen Schulausbaues gehört mittelfristig umgesetzt. Es ist notwendig unseren Kindern und Jugendlichen eine Zukunftschance zu geben. Diese schaffen wir am besten, wenn wir ihnen gute Möglichkeiten in den Schulen geben und dort auch die Chance der ganztägigen Betreuung.

Über welche Mittel reden wir? Verweisen darf ich nochmals auf den Arbeitskreis des Österreichischen Städtebundes. Nach einem Gespräch mit dem Sektionschef ist ganz klar, bei einem Ausbau von neuen Ganztageschulen, neuen Ganztagesgruppen wird pro Kind eine Förderung von 3.700 Euro bei Errichtung zugeschossen. Wenn ich jetzt bei einer 16-klassigen Schule davon ausgehe, dass dort zwischen 300 und 350 Kinder sind, geht es um 1 bis 1,5 Mio Euro, die über das Bildungsinvestitionsgesetz abrufbar wären.

Übrigens gibt es die Finanzierung über § 15a-Vereinbarungen, wenn es direkt um die Gruppenförderung geht leider das letzte Jahr. Ich hoffe, dass sich die Bundesregierung durchringt und diese wichtige Förderung für die Gemeinden weiterführt. Wir wissen die Zahlen aus Wels noch nicht, aber z.B. die Stadt Graz verliert alleine durch die Streichung der § 15a-Vereinbarung pro Schuljahr 2 Mio. Euro. Also es wäre sehr gut wenn wir es schaffen würden, diese § 15a-Vereinbarung fortzusetzen und aus diesem Zusammenhang wieder die Ganztageschulen gefördert werden.

Nun zum Thema verschränkte Betreuungsangebote: Um diese umsetzen zu können, ist unser Vorschlag die Schule Wels-West zu bauen. Wir sollten uns das Projekt noch einmal anschauen. Die Lichtenegger Volksschule wurde bereits einmal ausgeschrieben, die Architekturarbeiten aber wieder gecancelt, weil wir damals im Wesentlichen mit dem Preis unzufrieden waren. Wie ich mich erinnere war das im Jahr 2012. 2012 war für uns alle klar, die Schule muss saniert werden. Nur die Schule steht heute noch so da wie im Jahr 2012. Wenn wir davon sprechen, dass wir die Schule in Wels-West bauen, dann geht es darum uns zu entscheiden, entweder wir bauen eine Doppelvolksschule in Lichtenegg oder wir bauen in Wels-West eine zusätzliche neue Schule und fahren in Lichtenegg mit den Volksschulklassen zurück. Wir hätten in dem Stadtteil, der sich lt. Stadtplanung am stärksten entwickeln wird in Wels, auch eine Volksschule.

Noch ein paar Zahlen der Stadtentwicklung zur Verdeutlichung: In den Stadtteilen Noitzmühle und Lichtenegg herrscht rege Bautätigkeit. Diese wird dazu führen, dass wir in diesem Bereich in nicht allzu langer Zeit bis zu 40.000 Einwohner haben werden. Wir reden hier von den Stadtteilen Noitzmühle, Lichtenegg und Vogelweide. Diese Zahlen stelle ich ihnen gerne zur Verfügung, sie sind von der Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Wels. Ich stellte eine offizielle Anfrage. Es wohnen in diesem Bereich rund die Hälfte der Welser Bevölkerung – 32.000 Menschen. In diesen Stadtteilen herrscht die stärkste Wohnbautätigkeit des Stadtgebietes.

Wir reden heute über die Zukunft unserer Stadt, über die Zukunft unserer Kinder. Uns muss klar sein, jedes Kind welches wir unterwegs verlieren, ist auch ein Schaden für den Wirtschaftsstandort, ist ein Schaden für die Sozialsysteme, da im Nachhinein die Reparaturkosten immens teurer sind, als die Kosten, wenn ich vorher schaue, dass ich das habe was ich brauche.

Ich ersuche sie um eine umfangreiche Debatte zu diesem Thema. Es wird nicht das letzte Mal sein. Ich glaube, wenn es uns gemeinsam um die Zukunft unserer Stadt geht, müssen wir in diesem Bereich mehr Initiativen setzen.

StR. Josseck-Herd: Die FPÖ-Fraktion bekennt sich natürlich zur Nachmittagsbetreuung. Wenn wir jetzt Herrn Stadtrat Reindl-Schwaighofer zugehört haben, hat es so geklungen, als wäre Feuer am Dach, als hätten wir außer seinen Nachmittagsbetreuungskindern in den Schulen keine andere Nachmittagsbetreuung. Am Rande erwähnte er doch noch, dass wir ein veritables Angebot an Hortplätzen in der Stadt haben, sogar in allen Stadtteilen. Das ist insofern wichtig weil er sagte, in der Neustadt ist die Situation so kritisch. Wir haben in der Neustadt inklusive dem Hort der Kreuzschwestern 156 Hortplätze. Insgesamt sind es 673 Hortplätze in Wels, die eine qualitätsvolle Betreuung sichern, nicht zu vergleichen mit der Nachmittagsbetreuung in den Schulen.

Die FPÖ-Fraktion bekannt sich auch dazu eine neue Staffelung zu machen. Herr Stadtrat, wenn es um die Tarife in der Nachmittagsbetreuung geht, haben sie sämtliche Möglichkeiten aufkommensneutral die Tarife zu gestalten. Sie können weniger Verdienende entlasten und mehr von denjenigen verlangen, die ein höheres Einkommen haben. Das sei ihnen unbenommen. Irgendwie befremdlich ist, dass sie als zuständiger Referent mit diesem Ansinnen in den Gemeinderat gehen, in die Ausschüsse ohne dass sie wirklich Datenmaterial liefern, denn wenn es um die Neustadt geht, sprechen sie von 70 interessierten Eltern. Das ist eine Momentaufnahme. Wer weiß, ob der Bedarf über zwei, drei Jahren so bestehen bleibt. Das müssen sie schon konkreter anführen, denn ich erinnere mich an die Situation in der NMS 8. Im Jahr 2012 haben wir riesige Mittel eingesetzt, um die Nachmittagsbetreuung in der neu gebauten NMS 8 einzurichten. Es wurden Klassenräume, Gruppenräume, Bibliotheken, Speisesaal, Küchen – alles Mögliche errichtet. Man ging davon aus, dass 70 Kinder am Nachmittag betreut werden mit Tendenz zu Steigerung. Heute haben wir dort 37 Kinder in Betreuung.

Diese Fehlinvestitionen wollen wir auf jeden Fall vermeiden – sie sind einfach zu teuer. Wenn sie aber uns wirklich fundiertes Zahlenmaterial liefern, das meiner Meinung nach auch ihre Pflicht ist, dann sind wir die Letzten, die das nicht akzeptieren und an einer Lösung interessiert sind.

Z.B. haben wir die Situation im Hort Neustadt, dort haben wir 156 Plätze und ich kann ihnen sagen, jedes Kind, das einen Betreuungsplatz im Hort braucht, hat ihn auch für das nächste Schuljahr bekommen. Wir haben dort keine Warteliste, das allein ist für mich schon ein Beweis, dass das Personal in der Kindergartenverwaltung sehr gut arbeitet. Wir errechnen laufend den Bedarf, wir halten ihn stets in Beobachtung und das finde ich, sollten sie auch tun. Denn es genügt nicht, wenn sie in regelmäßigen Abständen einen Initiativantrag stellen. Machen sie ihre Hausaufgaben, dann werden wir ihnen auch folgen.

GR. MMag. Rumersdorfer: Es ist nicht verwunderlich, dass wir Welser GRÜNEN uns auch für ein flächendeckendes und kostenloses Angebot der Ganztagesbetreuung in Wels einsetzen. So wie Kollege Reindl-Schwaighofer im letzten Kultur- und Bildungsausschuss referierte, gibt es dringend Bedarf an Plätzen der Ganztagesesschule. In dieser von ihm vorgelegten Diskussionsgrundlage legte er uns Zahlen vor, dass an den Standorten, in denen bereits die Ganztagesesschule angeboten wird, diese auch sehr gerne angenommen werden.

Grundsätzlich ist ein flächendeckendes Ganztagesangebot begrüßenswert, weil aus verschiedenen Studien hervorgeht – das erwähnte ich auch im Bildungsausschuss - dass Eltern, die aus sozioökonomisch schwächeren Verhältnissen stammen ihre Kinder aufgrund finanzieller Hürden nicht in die Nachmittagsbetreuung geben und diese Kinder dann ein enormes Bildungsdefizit aufweisen, aus denen auszubrechen immer schwieriger wird. Vielleicht ist ihnen dieser Ausdruck „Bildung ist vererbbar“ ein Begriff.

Darüber ist im Integrationsbericht zu lesen, dass sich Eltern, die eine andere Muttersprache als Deutsch sprechen, wünschen würden, dass ihre Kinder eine entsprechende Nachmittagsbetreuung bekommen, weil sie eben einfach aufgrund sprachlicher Barrieren bzw. aufgrund einer gewissen Bildungsferne keine adäquate Möglichkeit haben ihre Kinder zu unterstützen. Auch diesen Personen sind ihre Kinder nicht egal. Im Integrationsbericht kann dies nachgelesen werden, es ist deren Wunsch. Ich muss nicht erwähnen, dass Bildungsabbrecher der Stadt und auch dem Staat viel mehr kosten als Investitionen in Schulen und in die Nachmittagsbetreuung, infolge dessen in unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder.

Besonders für Frauen ist es wichtig ein entsprechendes Angebot vorzufinden, um einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen. D.h. nicht, dass wir die Frauen sofort wieder in die Arbeit schicken. Nein, die Frauen, die das wollen, sollen das Angebot annehmen können, einerseits, weil es der Wunsch der Mutter ist sei es jetzt unabhängig zu sein und den entsprechenden Pensionsanspruch zu haben, andererseits weil es keine andere Möglichkeit gibt die finanziellen Pflichten abzudecken, vor allem für alleinerziehende Personen.

Wir stimmen daher zu und sind dafür das Angebot auf zumindest 18.00 Uhr auszuweiten, auch auf die Ferienzeiten, schulautonomen Tage und Zwickeltage, weil viele Familien einfach das soziale Netz – sprich Großeltern – nicht mehr haben. Mit fünf Wochen Urlaub können die 16 Wochen schulfreie Zeit nicht abgedeckt werden. Zu den Bedenken im Bildungsausschuss, dass die Eltern aus der Verantwortung genommen werden, glaube ich, dass alle Eltern nur das Beste für ihre Kinder möchten und dass die Eltern, die ihre Kinder in die Ganztageschule abschieben, sich in Grenzen halten werden.

Grundsätzlich wäre es begrüßenswert die Kosten für die Nachmittagsbetreuung (250.000 Euro) zu übernehmen – ich möchte diese nicht mit diversen Subventionen, die leichtfertig von der Hand gehen vergleichen – zumindest aber soll die Tarifordnung angepasst werden, um den ökonomischen Möglichkeiten der Familie entgegenzukommen. Wobei man bei der Kindergartengebühr schon sah, dass eine Anpassung schwierig wird, weil sich diese trotzdem viele nicht mehr leisten können. Auf jeden Fall ist bei der Umstellung zu bedenken und zu gewährleisten, dass die Infrastruktur in den Schulen angepasst wird. Die Schulleiter müssen miteinbezogen werden. Manche Schulleiter sind für eine Ganztageschule, manche können sich das wiederum gar nicht vorstellen. Die Schulleiter müssen in dieser Umstrukturierung und bei der Umsetzung unterstützt werden.

Die Horte und Nachmittagsbetreuung sollten wir nicht gegenseitig ausspielen. Wir haben Infrastruktur, diese soll nicht in Konkurrenz stehen, sondern die Horte sollen mit dem jetzigen Stand in die Kommunikation miteinbezogen werden, dass sich diese nicht überfahren fühlen.

Grundsätzlich wäre natürlich noch eine Bedarfserhebung in Form einer Elternbefragung oder ähnliches in den anderen Stadtteilen wünschenswert, um alle Zahlen am Tisch zu haben.

GR. Dr. Csar: Die heutige Diskussion ist wichtig, weil wir damit konfrontiert sind, dass sich die Gesellschaftssituation in ganz Österreich, somit auch in Wels, verändert hat. Wir müssen davon ausgehen, dass auch Frauen verstärkt berufstätig sind, teilweise sein müssen und auch wollen, das sollen wir ihnen auch ermöglichen. Die Familienformen ändern sich ebenfalls. Es gibt viele alleinerziehende Personen, die entsprechend unterstützt werden müssen. Wir wissen aber auch, wie es vor einigen Jahrzehnten noch der Fall war als Großeltern auf die Enkelkinder aufgepasst haben, das ist in unserer Gesellschaftsform kein bestimmendes Moment - ganz im Gegenteil. Die Großeltern sind noch länger berufstätig, dementsprechend agil, flexibel, daher gibt es viele Herausforderungen für Jungfamilien mit Kindern. Es muss eine Möglichkeit eingeräumt werden, dass die Kinder nicht nur in die Schule gehen können sondern sie auch eine Betreuung bekommen. Eine Betreuung, die qualitativ hochwertig ist, die sich sehen lassen kann und die im zeitlichen Ausmaß den Anforderungsprofilen und –angeboten entspricht.

Wir müssen uns damit intensiv auseinandersetzen, damit wir uns zeitgerecht darauf einstellen und zeitgerecht die Weichen stellen können, damit Wels lebenswert in dieser Hinsicht ist. Daher ist es wichtig – die ÖVP-Fraktion bekennt sich dazu - eine umfassende Betreuung anzubieten, die auch erschwinglich ist. D.h. dass alle Eltern, die Bedarf haben, ihre Kinder in eine so umfassende Betreuung geben können. Für uns ist es aber wichtig, dass das Gebot der Freiwilligkeit im Vordergrund steht und dass man freiwillig diese Angebote nutzen kann. Die GTS ist interessant und das Angebot gehört dahingehend geschärft und präzisiert. Daher müssen wir, um seriös diskutieren zu können, nicht nur eine Bedarfserhebung sondern auch eine Situationserhebung machen, wie die Schülerzahlen sich in Wels weiter entwickeln. Ich weiß – ich sprach mit Frau Pflichtschulinspektorin Lang -, dass der Bezirksschulrat entsprechendes Zahlenmaterial hat und dieses zur Verfügung stellen kann. Wir sind gut beraten diese Zahlen raschestens zu besorgen und als Basis für eine weitere Diskussion zu nehmen. Die bisherigen Erfahrungen bestätigen die Zahlen, wie Zukunftsprognosen auch zeigen, dass sie gut berechenbar sind. Dementsprechend könnte man auf diese Zahlen aufbauen und sich überlegen, welches Angebot geschaffen werden sollte.

Die Nachmittagsbetreuung geht konform mit einer Mittagsbetreuung, mit einer Mittagsverpflegung. Das ist ein wichtiges Asset damit Wels lebens- und liebenswert ist und hier das Angebot schärfen kann. Das gehört aus unserer Sicht unbedingt dazu. Dass das nicht kostenlos der Fall sein wird, sei einmal festgehalten. Der Tarif soll erschwinglich und für die Eltern leistbar sein. Hier kann man sich etwas Intelligentes überlegen, ein vernünftiges Modell auf die Beine stellen, welches wir in Wels herzeigen können.

Darüber hinausgehend möchte ich anmerken, dass der Migrationsanteil in Wels sehr hoch ist. Ich denke, wenn man hier ein entsprechendes Angebot schärfen könnte dahingehend, dass die Betreuung hier eine Möglichkeit vorsieht, dann könnten wir einen Beitrag für die Integration leisten.

StR. Reindl-Schwaighofer beschäftigt sich damit im Ausschuss und ich glaube, dass man diese Diskussion damit beenden kann, indem man sagt, bitte wir beschäftigen uns

allgemein gemeinsam im Ausschuss konstruktiv damit, damit eine Lösung für Wels gefunden werden und dem Gemeinderat präsentiert werden kann. Nicht nur immer schöne Worte im Gemeinderat von sich zu geben, Probleme aufzuzeigen und jeder bekennt sich dazu, sondern wirklich schnell eine Lösung an den Tag zu legen und die Diskussion einmal zu Ende zu führen. Das würde ich mir wünschen, gemeinsam möglichst rasch zu einem Ende zu kommen.

GR. Stojanovic, BSc: Es muss eine ordentliche Bedarfserhebung gemacht werden. Nur von einer Schule, von 70 Schülern zu sprechen und von einer durchgehenden Ganztagesbetreuung in allen Schulen zu reden ist viel zu wenig. Hier müssen wirklich ordentliche Erhebungen gemacht werden in jeder Schule, damit man den tatsächlichen Bedarf weiß, um darüber zu diskutieren. Sie, Herr Stadtrat, führten die Infrastruktur an, sie reden davon wir müssen dieses und jenes schaffen und wissen aber im Endeffekt gar nicht, ob es notwendig ist. Wir müssen endlich anfangen etwas zu tun, nicht nur darüber reden. Als Referent sollen sie die Aufgaben erledigen, Vorschläge erarbeiten und nicht nur reden.

Sie sprachen die Sprachförderung der Kinder an, die Deutsch nicht als Muttersprache haben. Als wir vor ein paar Monaten über die Sprachförderung sprachen, war die SPÖ-Fraktion dagegen. Wir wollten Sprachförderklassen installieren, die konzentriert mit den Kindern Deutsch lernen. Jetzt wollen sie diese Kinder wahrscheinlich in der Nachmittagsbetreuung unterrichten. Diese Wandlung der Interessen von heute auf morgen verstehe ich nicht.

Ich würde sie auch bitten sich darüber klar zu werden was sie überhaupt wollen. Wollen wir nun die Ganztagesbetreuung in allen Schulen oder wollen wir doch eine neue Schule im Westen der Stadt errichten. Ich würde ihnen raten sich Gedanken darüber zu machen, was sie eigentlich wollen. Die FPÖ-Fraktion ist offen für Diskussionen, um eine Lösung zu finden, wenn der Bedarf für eine durchgehende Nachmittagsbetreuung gegeben ist. Dafür muss man jedoch vorher Erhebungen durchführen, man muss sich überlegen wie man die Infrastruktur schafft und wie kann man das alles umsetzen. Nur zu reden und wenig dafür zu tun, wird hier wenig bringen.

GR. Ganzert: Es freut mich von allen Fraktionen ein positives Feedback zu bekommen. Mein Dank gilt Herrn StR. Reindl-Schwaighofer, der auf sehr vielen Ebenen versucht etwas weiterzubringen. Er wird halt ein wenig getadelt, er muss etwas tun. Das Gegenteil ist der Fall. Vor einigen Monaten stellten wir bereits zu diesem Thema einen Antrag. Dieser wurde dem zuständigen Ausschuss zugewiesen. Für diesen Ausschuss ließ der Referent Unterlagen erheben, sprach mit den Fraktionsvertreter ob es Rückmeldungen, Meinungen gibt. Er macht dies auch heute wieder sehr geschickt. Er sagt nicht er hat einen Vorschlag als Fraktion, stimmen wir darüber ab, sondern er geht noch einen Schritt weiter und sagt er hätte das schon gerne noch diskutiert. Machen wir eine Aktuelle Stunde, reden wir über die Situation der schulischen Ganztagesbetreuung. Das zeigt mir, dass ihm sehr viel daran liegt.

Es wird immer wieder gesagt reden wir nicht nur darüber, sondern tun wir etwas. Das Bild, welches der Herr Stadtrat zeichnete, tragen wir hoffentlich alle mit, und zwar die Freiwilligkeit der ganztägigen pädagogischen Betreuung. An dieser Stelle einen Dank an die Mitarbeiter, die dort tagtäglich wertvolle Arbeit leisten. An die Hortmitarbeiter, die auch an jenen Tagen arbeiten, wenn die Schulen geschlossen sind, in den Ferien, im Sommer,

wenn es sehr schwer wäre eine adäquate Betreuung für die Kinder zur Verfügung zu stellen.

Das Modell der NMS Lichtenegg gefiel mir sehr gut – die Schule ohne Schultasche. Alles Visionen, bei denen wir uns doch alle einig sein sollten. Der Ort, wo die Bildung geschieht, wo auch die Hausaufgaben gemacht werden, soll eine pädagogische Betreuung, eine Schule sein. Wenn ich dann nach Hause komme, soll ich doch Freizeit haben und mich anders betätigen können.

Trotzdem möchte ich beim Lob der anderen Fraktionen bleiben, wenn man dann nämlich sagt, der Herr Stadtrat soll zuerst einmal Infos einholen, eine Befragung durchführen und am besten gleich mit der Pflichtschulinspektorin sprechen, so hat er jedoch bewiesen, dass er sich allein beim Magistrat der Stadt Wels, Stadtentwicklung, Informationen holte. Was er nicht sagte war, dass er diese Informationen nicht sofort erhielt. Der Herr Stadtrat lief den Daten wochenlang nach, er wurde hingehalten. Erst mit starkem Nachdruck gelang es ihm die von ihm benötigten Daten zu erhalten.

Wir können uns die Protokolle der vergangenen Sitzungen anschauen, es gibt keine Sitzung, an der er sich nicht dazu zu Wort meldete. Natürlich ist unser Wunsch klar, es geht in Richtung verschränkte ganztägige Schulform, natürlich würden wir uns auch eine Pilotschule wünschen. Es gibt in der Neustadt, Puchberg und Lichtenegg eine ganztägige Betreuung. Auch die Stadtteile Lichtenegg und Noitzmühle brauchen eine GTS.

Es freut mich von der FPÖ-Fraktion so viel Rückendeckung erhalten zu haben. Was ich nicht ganz verstehe ist, dass die FPÖ beabsichtigt es für manche Personen teurer zu machen, d.h. es soll für einige wenige teurer werden, damit es für andere wieder billiger wird. Ich hoffe, das können wir anders lösen.

Ganz anders gefällt mir der Vorschlag von Herrn Dr. Csar, der ein wenig unserem nächsten Antrag vorgriff was das Essensgeld betrifft. Ja, das soll etwas kosten aber sozial gestaffelt. Er greift dem TOP 1 vor, in dem es darum geht, konkrete Lösungen zu bringen.

Insofern unterstützen alle den zuständigen Stadtrat Reindl-Schwaighofer, ich schätze der ganze Gemeinderat steht hinter der Befragung. Es stimmt, im Kindergartenbereich sollen wir nachfragen was benötigt wird, aber auch wenn es dann in die erste Sekundarstufe geht, gibt es immer noch offene Fragen. Familienbilder, Familienrollen ändern sich. Ich wünsche ihm nicht nur beim kommenden Antrag die Unterstützung zu erhalten, sondern bei all seinen Bestrebungen das Beste für die Ganztagesbetreuung in den Schulen zu bekommen.

Dringlichkeitsantrag

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Rahmenbedingungen zum Pilotprojekt „Rechtsabbiegen bei Rot“
Verf-015-I-24-2018

Vzbgm. Kroiß verliest den als Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Vzbgm. Kroiß: Dieser Antrag wird am Ende der Tagesordnung behandelt.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

1.)

vordringlicher Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend gebührenfreie Ganztagesbetreuung in allen
Welser Pflichtschulen
Verf-015-I-22-2018

StR. Reindl-Schwaighofer: Zuerst möchte ich noch auf die Wortmeldung von Kollegin Josseck-Herdt bei der Aktuellen Stunde eingehen. Hätten sie sich vorher informiert, hätten sie die Unterlagen auch bekommen. Es ist ein sehr umfangreiches Konvolut. Die Gemeinderäte aus dem Bildungsausschuss vermute ich haben ihnen die Unterlagen zukommen lassen. Im Wesentlichen sind das Unterlagen, auf denen man aufbauen kann. Es greift zu kurz auf die Horte hinzuweisen. Auf ihren Wunsch, Frau Stadträtin, werden die Horte vorrangig für Volksschüler angeboten. Es gibt wenige NMS-Schüler, die in die Horte gehen. Die Aufteilung ist schon in Ordnung, aber das sollte man vielleicht auch dazu sagen. Darauf hinweisen möchte ich, wenn wer in Zweifel stellt die Plätze zu brauchen, so sagt das Bundesministerium wir brauchen ein 40%iges Angebot, um in die Nähe der Bedarfsdeckung zu kommen. Alles andere sind Ausreden und Ausflüchte von Menschen, die die Problematik im Schulbereich mit Ganztagesbetreuung falsch einschätzen oder absichtlich nicht anders sehen wollen.

Bei der NMS 8 sprach die Kollegin davon, dass 37 Kinder in die Nachmittagsbetreuung gehen. Sie vergaß aber dazu zu sagen, dass 54 Kinder anfragen und wir die Kinder verloren, weil die Eltern sich die Beiträge nicht mehr leisten konnten. Man muss schon dazu sagen, dass wir als Stadt Wels ungefähr 20 Verfahren im Jahr gegen Eltern führen, die ihre Beiträge nicht bezahlen können. Davon zu sprechen, dass wir im Bereich der Tarife mehr anbieten müssen, ist meiner Ansicht nach ein bisschen kurz geschaut.

Das Essen ist ein Teil des qualitativollen Angebotes der Ganztageschule. Deswegen führten wir eine umfangreiche Diskussion im Schulausschuss, wo es darum ging zu überprüfen, wie wir in diesem Bereich qualitativoller arbeiten können. Auch da kennen alle meinen Vorschlag – einen Küchenneubau und für alle pädagogischen Einrichtungen selber kochen. Dann habe ich alle Dinge, von der Qualität des Essens, Qualität der Verabreichung und biologisches Essen selbst in der Hand.

Zuerst versuchte ich zu referieren, warum es dringend ist dieses Thema anzugehen, damit wir mittelfristig zu Entscheidungen kommen, die die Situation verbessern. Wir legen einen Antrag vor, in dem es darum geht zuerst zu sagen, dass es eine gebührenfreie Ganztagesbetreuung in den Welser Pflichtschulen geben soll, dass es eine Erweiterung der Betreuungszeiten geben soll – da geht es um die täglichen Öffnungszeiten und auch während den Ferien – und dass es ab dem Schuljahr 2019/2020 in jedem Stadtteil und in jedem Schultyp auch ein GTS-Angebot gibt.

Zu den rund 20 gerichtlichen Eintreibungen von GTS-Gebühren von Eltern erzählen mir Schuldirektorinnen, dass sie bei Überprüfung der Anmeldung durch die Eltern sich diese gemeinsam auf den Weg machen und schauen wieviel das Familieneinkommen ist usw. Da gibt es schon Eltern, die ihre Kinder nicht anmelden, weil sie sehen, dass sie die finanzielle Kraft, vor allem bei zwei Kindern, nicht haben um das langfristig umzusetzen.

Ein Beispiel: Bei einem beitragspflichtigen Einkommen von 1.665,- Euro kostet die Betreuung in einer GTS für zwei Kinder für 5 Tage Lernbetreuung incl. Mittagessen monatlich 215,- Euro. Das trotz 30 % Rabatt. Nun haben sie eine Wohnung, die 700,- Euro kostet, dann erzählen sie mir wie die Familien, die Eltern, vielleicht noch eine Alleinerzieherin das bezahlen soll. Wenn wir da nichts machen, strafen wir die Kinder – niemand anderen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die drei Punkte des Antrages habe ich erläutert, ich ersuche um rege Diskussion und Beschlussfassung. Ich denke, dass wir hier einen Beschluss vorbereiten, der zum Wohle der Stadt, unserer Kinder, des Wirtschafts- und Lebensstandards Wels sein wird.

StR. Josseck-Herdt: Auch ich will mich nicht wirklich wiederholen, möchte aber trotzdem festhalten, dass sich die FPÖ-Fraktion für eine Nachmittagsbetreuung sowohl in den Horten als auch in den Schulen ausspricht. Und zwar soll das Angebot den Bedürfnissen der Eltern entsprechen. Es muss leistbar sein, aber unserer Meinung nach darf es nicht gratis sein. Vielleicht in den untersten Einkommensschichten - das haben wir ja jetzt schon. Wie gesagt, diese unselige Entscheidung im Jahr 2009 den Kindergarten beitragsfrei zu machen und jetzt einen Nachmittagsbetreuungstarif in den Kindergärten einzuführen, war eine Hürde, die ihresgleichen sucht und deshalb bin ich, wie alle in unserer Fraktion, der Meinung, dass, wenn etwas qualitativ ist, es auch einen Preis haben darf. Alles was gratis ist, wird nicht wertgeschätzt. Das ist unsere Erfahrung, die wir damit machen.

Genauso verhält es sich auch mit dem Schulessen. Das Schulessen soll in Zukunft hoffentlich wieder einmal regional sein und wenn möglich Bio (ja, das ist alles möglich), qualitativ und den Kindern entsprechend. Aber dieses Essen hat auch seinen Preis. Ich bin der Meinung Eltern sind verpflichtet für das Essen und die Sättigung der Kinder zu sorgen. Auch da müssen wir mit Augenmaß vorgehen und ein Gratisessen wird es für uns einfach nicht geben.

Die Ausweitung der täglichen Öffnungszeiten kann in einzelnen Fällen richtig sein. Zu mir kam einmal eine Mutter, die ganz entsetzt war, weil die Nachmittagsbetreuung in der Schule um 16.30 Uhr endet und sie bis 18.00 Uhr arbeiten muss. Wohl gemerkt in einer Managerposition, die ist sehr froh, wenn sie ein Angebot bis 18.00 Uhr hat und ist auch gewillt dafür zu bezahlen.

Lassen sie einmal feststellen wie viele Eltern bzw. Mütter und Kinder das betrifft. Es sind essentielle Zahlen. Nicht sie sollten, wie Kollegin Mag. Rumersdorfer sagte „der Herr Stadtrat sollte Erhebungen machen“ - nein, sie müssen sie machen! Denn, wenn wir nichts auf den Tisch bekommen, können wir nicht entscheiden.

Es ist klar, dass der Konsens mit dem Lehrkörper gesucht und gefunden werden muss. Das ist schwer genug. Ich denke an die VS 4 in der Pernau. Dort kam keine Nachmittagsbetreuung mehr zustande – früher hatten wir eine. Was die Ferienbetreuung betrifft haben wir in den Welser Horten auch heuer die Tore geöffnet auch für Kinder aus den Schulen, aus der Nachmittagsbetreuung, also für jene, die während des Jahres nicht im Hort sind. Auch die können das Ferienerlebnisprogramm nützen. Sie sind herzlich eingeladen das auch zu tun. Sehr viele Vereine, wie Abenteuer Familie, Kinderfreunde und der Verein der ÖVP, haben ein tolles Ferienprogramm. Es sind noch immer Plätze frei. Auch aus dem Referat von Vzbgm. Kroiß wird ein großes Ferienprogramm angeboten. Hier sollten die Eltern sich bemühen einen Platz für ihre Kinder zu bekommen. Es ist wirklich ein großes breites Angebot vorhanden, man muss sich nur anmelden.

Die Nachmittagsbetreuung in allen Stadtteilen bis zum Schuljahr 2019/2020 wollen sie durchsetzen. Wie wollen sie das schaffen? Gerade in der Neustadt können sie weder den Hort ausbauen, noch die Schule. Sie müssen ein Grundstück suchen, einen Plan erstellen lassen, bauen lassen. Also es ist hoch an der Zeit, wenn sie das für richtig und wichtig erachten aufgrund der Bedarfsermittlung. Dann können sie jetzt schon in die Hände spucken und damit beginnen. Ich frage mich worauf sie warten? Sie hätten das schon längst machen können uns Zahlenmaterial auf den Tisch zu legen. Es stimmt, in den letzten Wochen wurden sie tätig, aber nachdem im Oktober vergangenen Jahres schon einmal ein Initiativantrag eingebracht wurde, hätten sie damals schon beginnen können und wir hätten vielleicht jetzt schon mehr Informationen auf dem Tisch.

GR. Hufnagl: Ich bin dankbar, dass die SPÖ-Gemeinderatsfraktion diesen Antrag stellt. Bei der Aktuellen Stunde dürfen wir NEOS ja kein Statement abgeben, weil das aufgrund der Geschäftsordnung nur Fraktionen vorbehalten ist. Mir ist das Thema so wichtig, dass ich auch ein paar Worte dazu sagen möchte.

Die Stadt Wels ermöglicht vieles und so wäre das Ermöglichen einer ausreichend verfügbaren ganztägigen Schulform ein wichtiger Schritt, damit Kinder, Jugendliche und Eltern eine qualitätsvolle Nachmittagsbetreuung in Anspruch nehmen können. Wir NEOS unterstützen daher eine Erweiterung des Angebotes der Nachmittagsbetreuung vollinhaltlich. Wir wünschen uns idealerweise diese in einer verschränkten Form. Eine verschränkte Form heißt, dass Lern-, Ruhe- und Freizeitphasen gleichermaßen gegeben sind.

Wir gehen davon aus, dass die Nachfrage in allen Stadtteilen groß ist. Aber wie wir heute öfters hörten, das ausgehen davon alleine reicht nicht, wir brauchen ordentliche Zahlen. Dahingehend unterstützen wir eine Evaluierung über das ganze Stadtgebiet hinweg, eine Bedarfserhebung um festzustellen, wo und in welchem Ausmaß eine ganztägige Schulform oder Betreuungsform benötigt wird bzw. die Nachfrage dafür gegeben ist.

Warum glauben wir, dass das Ganze überhaupt sinnvoll ist? Sehr geehrte Damen und Herren, wir leben in Zeiten von flexiblen Arbeitszeiten. Wir haben auch das Phänomen der Eingrenzung zwischen Arbeit und Freizeit. Das ist eine Tatsache. Jetzt kann man darüber diskutieren, ob dies gut oder schlecht ist, aber es sind Fakten. Diese Fakten kann man nicht wegdiskutieren, man muss Lösungen finden. Lösungen für die Probleme der Eltern, die einfach nicht wissen wohin sie ihre Kinder am Nachmittag geben sollen. Wir hörten bereits, die Familiensituation hat sich verändert, es sind nicht immer überall Großeltern da, die auf die Kinder aufpassen. Wir NEOS sehen es auch so, dass diese Veränderungen beispielsweise längere Arbeitszeiten hervorgebracht haben. Es macht Sinn darüber nachzudenken, dass diese Betreuungen nicht nur bis 17.00 oder 18.00 Uhr möglich sind, sondern vielleicht bis 18.30 Uhr, damit ein Elternteil, der bis 18.00 Uhr arbeitet, ihr Kind erst danach abholen muss. D.h. eine Verlängerung würde auch Sinn machen, aber – wiederum geht es darum hier eine Bedarfserhebung zu machen – wenn nur von Wenigen eine Nachfrage besteht, macht das natürlich keinen Sinn.

Ein weiterer Grund ist die Chancengerechtigkeit. Ich glaube es ist ganz wichtig für das Thema Chancengerechtigkeit diese Nachmittagsbetreuung weitgehend gebührenfrei anzubieten. Dass das Essen etwas kostet und dass die Eltern das Essen bezahlen müssen, ist keine Frage. Aber wenn wir jetzt großartige Gebühren verlangen, dann werden viele Eltern ihre Kinder nicht in die Nachmittagsbetreuung geben.

Wie wir heute bereits hörten ist es in Österreich nach wie vor so, dass Bildung vererbt wird und daher Kinder aus bildungsfernen Schichten bzw. aus gering verdienenden Familien einen Startnachteil ins Leben haben. Diesen Startnachteil sollten wir den Kindern sozusagen wegnehmen, sie sollten dieselben Chancen haben wie alle anderen Kinder auch.

Es gibt einen Rechnungshofbericht, der ganz eindeutig sagt, dass Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Familien die Nachmittagsbetreuung überhaupt nicht in Anspruch nehmen, nämlich immer dann, wenn sie kostenpflichtig ist. Das ist problematisch, weil damit jene Kinder, die diese Förderangebote eigentlich am dringendsten brauchen würden, diese dann nicht in Anspruch nehmen.

Ein drittes Argument pro Angebot für Ganztagesbetreuung ist das Fördern von Vereinbarkeit zwischen Beruf und Kindererziehung. Gut ausgebildete Frauen und Männer wollen und sollen auch nicht zwischen Beruf und Familie sich entscheiden müssen. Sie sollen eine Wahlfreiheit haben – auch da bin ich mit Kollegen Dr. Csar völlig einer Meinung -, aber sie dürfen auf jeden Fall nicht „ausgebremst“ werden. D.h. sie dürfen nicht in weniger gut bezahlte Teilzeitjobs gedrängt werden und sie sollen einfach in ihrer Karriere nicht gebremst werden, also somit Frauen die völlige Wahlfreiheit geben. Das täte uns im Hinblick auf die Einkommensschere auch gut, die noch immer sehr groß ist. Auch auf diese sollten wir schauen um sie zu schließen. Eine Nachmittagsbetreuung ist eine Maßnahme in diese Richtung.

Dass in Zeiten von Hochkonjunktur, die derzeit herrscht, die Unternehmer händeringend nach Mitarbeiter suchen und wir gut ausgebildete Frauen zu Hause sitzen haben, ist ein weiteres Argument für eine Nachmittagsbetreuung. Es ist keine Frage, das kostet Geld. Aber es ist eine Investition in unsere Kinder. Ich bin überzeugt jeder Euro, den wir hier sinnvoll investieren, kommt doppelt oder dreifach zurück.

Auch gewissen Probleme zum Thema Integration würden sich zum Teil damit lösen lassen. Wir NEOS hätten jedoch noch einen anderen Vorschlag um Kosten zu sparen: Es wurde das Beispiel der NMS 5 Mozartstraße genannt. Hier wäre doch eine Idee, ob man nicht beispielsweise die Verköstigung im Altersheim nebenan mitmachen könnte oder ob man nicht Einrichtungen der Brucknerschule mitnutzen könnte, dass vielleicht am Nachmittag Klassen frei sind? Ich weiß, das ist nicht so einfach, aber es wäre doch eine Idee, die verfolgt werden könnte.

Wie anfangs erwähnt unterstützen wir diesen Antrag und werden natürlich dafür stimmen.

GR. Wiesinger: Ausdrücklich darauf hinweisen möchte ich, dass die ÖVP keine Kinderbetreuungseinrichtung betreibt. Wenn das andere Parteien machen, so soll das so sein, aber die ÖVP macht so etwas nicht. Parteipolitische Kinderbetreuung gibt es bei uns nicht.

Dieses Thema beschäftigt uns schon längere Zeit. Bereits erwähnt wurde die Bedarfserhebung. Sie ist wichtig, nur sollte man diese ernsthaft durchführen. Die Bedarfserhebung war ein Zettel an die Eltern. Diese wurden gefragt wie folgt: „Ich könnte mir vorstellen mein Kind zur schulischen Tagesbetreuung anzumelden, sobald es ein Angebot gibt und besteht – ja/nein.“ Zweitens: „Ich würde für mein Kind das Angebot eines warmen Mittagessens in Anspruch nehmen – ja/nein.“

Die Kosten sind natürlich für die Eltern wichtig. Es hätte vielleicht erwähnt gehört, dass das Essen oder die Betreuung etwas kostet. Dann wäre vielleicht der Bedarf nur für 30 Kinder herausgekommen. Es ist mir wichtig diese Diskussion ernst zu nehmen.

Wir diskutieren bereits dieses Thema sieben Monate. Den bereits im Ausschuss liegenden Antrag möchte ich kurz erwähnen, und zwar wurde er am 16.10.2017 im Gemeinderat diskutiert. Der Inhalt ist ein wenig anders. Daraus erkennt man, das Thema hat sich ein bisschen gedreht. Die SPÖ stellte einen Antrag, damit es eine Evaluierung der Verpflegungskosten und der Elternbeiträge geben soll. Hört man sich nun die Diskussion an und aus Zeitungsmeldungen ergibt sich, dass es jetzt um einen Ausbau geht. Beim Antrag selbst ging es um die Evaluierung der Kosten. Nun kamen wir dahinter, ja es geht um die Kosten aber auch um den Ausbau und das Angebot.

Etwas verwundert hat mich der Wortlaut des Antrages aus dem Jahr 2017: „Der Referent wird aufgefordert, diese Evaluierung spätestens nach der zweiten Gemeinderatsitzung 2018 vorzulegen.“ Die zweite Gemeinderatsitzung wäre am 05.03.2018 gewesen. Der Antrag wurde in den Ausschuss verwiesen. Mittlerweile gab es vier Kulturausschusssitzungen, schlussendlich haben wir am 07.05.2018 das erste Mal über dieses Thema im Ausschuss diskutiert. Sieben Monate wurde der uns allen so wichtige Antrag liegengelassen.

In der genannten Ausschusssitzung stellte der Referent die bereits erwähnte Evaluierung vor. 18 % der Kinder in den VS und NMS würden die GTS in Anspruch nehmen, ebenso 70 Kinder in der VS Mozartstraße. Ergebnis der Diskussion ist nun, es geht auch um den Ausbau. Im Ausschuss verständigten sich alle Mitglieder dieses Thema in den Fraktionen zu besprechen. Daraufhin kam einen Tag später ein Schreiben, in dem der Referent die Fraktionen aufforderte auf folgende Punkte einzugehen, und zwar Ganztagesbetreuung in den Stadtteilen, Betreuungszeiten sprich schulautonome Tage, Zwickeltage,

Tarifordnung. Die ÖVP-Fraktion teilte fristgerecht schriftlich dem Referenten ihre Vorschläge mit. Wir beantworteten nicht nur die Fragen sondern beschäftigten uns auch mit dem Thema warum es unterschiedliche Auslastungen in den Stadtteilen gibt. Für uns ist auch die § 15a-Finanzierung maßgeblich, wir nehmen ungefähr € 500.000,-- an Gebühren ein, aber die GTS kostet ein Vielfaches. Das Angebot ist nicht kostendeckend.

Der ÖVP-Fraktion ist ein Anliegen, dass die Flexibilität, die Familienfreundlichkeit gegeben ist. Ein Punkt wurde heute noch nicht erwähnt – die unflexible GTS. In den Welser Horten können beispielsweise die Kinder schon früher abgeholt werden. In der GTS geht das nicht. Auch darüber wollen wir diskutieren.

In der Ausschusssitzung haben wir vereinbart – so steht es auch im Protokoll, ich zitiere StR. Reindl-Schwaighofer: „Ich schlage vor, dass die Fraktionen noch einmal intern diskutieren und in ca. 14 Tagen ihre Meinungen zu den offenen Fragen kundtun.“ Die ÖVP machte das fristgerecht, damit wir im nächsten Ausschuss darüber sprechen können. Darum verstehe ich diesen Antrag an den Gemeinderat nicht, wir vereinbarten dieses Thema im Ausschuss weiter zu behandeln. Der nächste Kulturausschuss wäre schon nächsten Montag, wo wir in Ruhe darüber diskutieren können. Jede Fraktion hat berechnete Einwände. Vielleicht ist der SPÖ die Öffentlichkeit wichtig – vielleicht liegt es daran? Gerade dieses Thema eignet sich nicht dafür nur Schlagzeilen zu erzeugen, hier geht es um die Zukunft der Kinder. Die ÖVP ist an einer ordentlichen Lösung interessiert, wir werden auch aktiv daran mitarbeiten.

Noch einmal zum Antrag - in diesem sind drei Beschlüsse angeführt: Beschluss 1. Gebührenfreie Ganztagesbetreuung in allen Welser Pflichtschulen (VS und NMS) ab dem Schuljahr 2018/2019. Beschluss 3. Ab dem Schuljahr 2019/2020 soll es in jedem Welser Stadtteil, für jeden Pflichtschultyp (VS und NMS) Ganztagesbetreuungsangebote geben. D.h. für mich, dass wir ein Jahr später das Angebot wieder verringern, denn wenn ich in einem Stadtteil ein GTS-Angebot habe, erfüllt sich der Beschluss 3. Zuerst wollen wir flächendeckend in allen Pflichtschulen ein Angebot und ein Jahr später wollen wir dann nur mehr in jedem Stadtteil ein Angebot haben? Das ist für mich in diesem Antrag ein Widerspruch.

Das Angebot der ÖVP-Fraktion steht - wir wollen ehrlich und fair diskutieren. Ich freue mich auf eine gemeinsame Lösung.

GR. Mag. Simunovic: Wir gedachten heute Herrn Prof. Werner Wigelbeyer. Persönlich habe ich Herrn Prof. Wigelbeyer als Teilnehmer eines Kurses in der Volkshochschule Wels kennen und schätzen gelernt. Er machte bei mir einen Kurs zum Erlernen der kroatischen Sprache. Gefreut haben mich immer die daran anschließenden Gespräche mit ihm, in denen Ausbildung, Bildung, Integration und ähnliches sehr oft Themen waren. Er wiederholte sehr oft, die Probleme sind nicht die Kinder sondern die Erwachsenen.

Er dürfte Recht gehabt haben, denn heute hatte ich zu Beginn den Eindruck, dass wir eine Lösung finden werden, es bewegt sich alles in die richtige Richtung. Der Gemeinderat sucht gemeinsam eine Lösung, was für die Zukunft unserer Kinder am besten ist. Im Laufe der Diskussion wird es für mich immer schwieriger nachzuvollziehen, wo die Reise hinführt.

Das Deutsche Institut für internationale pädagogische Forschung hat unmissverständlich nachgewiesen, dass die Ganztagesbetreuung ziemlich die beste Variante ist für die Lernerfolge und für die Zukunft und Weiterbildung von Jugendlichen. Das zu widerlegen - gehe ich davon aus - will keiner, es hat auch keinen Sinn. Mein Appell geht in die Richtung, dass wir zurück auf die konstruktive Ebene kommen und darüber nachdenken wie es zu lösen wäre, dass die Kinder das bekommen was sie für die Zukunft brauchen. Das ist beste Betreuung. Eine Ganztagesbetreuung ist, egal wo man darüber nachliest, eine gute Variante. Wels ist besonders dafür gut geeignet, weil im Schuljahr 2015/2016 hatten wir 64 % Schüler, die als Umgangssprache eine andere Sprache sprechen. Das ist eine gute Möglichkeit positiven Einfluss auf die Bildung, auf die Weiterbildung zu nehmen.

Welche Orte gibt es, wo man einen so positiven Einfluss nehmen kann? Das sind die Kindergärten und Schulen. Welche Form wir miteinander herausfinden ist eine ganz andere Frage. Eine Ganztagesbetreuung wäre aus meiner Sicht nicht in Frage zu stellen.

GR. Schäfer, BSc: Für alle Zuseher, die den Initiativantrag gerade nicht vorliegen haben: In diesem Antrag sind drei Anträge enthalten. Der erste Antrag soll eine kostenlose Ganztagesbetreuung in allen Pflichtschulen ab dem kommenden Schuljahr sicherstellen. Der zweite Antrag soll den Magistrat auffordern Initiativen für Angebote zu erarbeiten und der dritte Antrag soll eine kostenlose Ganztagesbetreuung in allen Stadtteilen und allen Schultypen ab dem Schuljahr 2019/2020 sicherstellen.

Dieser TOP ist aus drei Gründen interessant:

1. die Frage der Finanzierung wird mit keinem Wort erwähnt. Das schaut für mich schon wieder wie eine „SPÖ-Gießkanne“ aus, in der einfach alle Leistungen für alle gratis sind. Das ist nicht fair, nicht gerecht, es gibt keine soziale Staffelung – nichts!
2. In den Stadtteilen Pernau und in Lichtenegg gibt es bereits Nachmittagsbetreuungseinrichtungen. Diese haben freie Kapazitäten, sie sind bei weitem nicht zu 100 % ausgelastet.
3. Warum fordert der Referent den Magistrat auf Angebote zu erarbeiten? Im weitesten Sinne fordert er sich selbst auf hier tätig zu werden.

Damit der Referent noch Zeit hat die Finanzierung zu klären und Angebote zu erarbeiten, stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Schäfer, BSc auf Zuweisung dieses Initiativantrages(Anlage 2) an den zuständigen Ausschuss wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

2.)

vordringlicher Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Einbahnöffnung Eisenhowerstraße
Verf-015-I-21-2018

GR. Mag. Teubl: Mit dem vorliegenden Antrag verlangen die Welser GRÜNEN die Öffnung der Einbahn in der Eisenhowerstraße unverzüglich umzusetzen. Sie werden sich jetzt vielleicht fragen, wieso bringen wir diesen Antrag ein, wo doch eben dies angeblich ohnehin in Arbeit sei. Genau das ist das Problem, nämlich dieses „angeblich“. In Wirklichkeit stellte sich neulich heraus, dass diese Angelegenheit, die seit über eineinhalb Jahren angeblich in Arbeit ist, pausenlos verzögert, liegengelassen und verschlampt wird.

Doch beginnen wir in der Historie in dieser Sache einmal ganz von vorne. Die Öffnung der Eisenhowerstraße in beide Richtungen wurde von uns GRÜNEN schon im Jahr 2011, also vor nunmehr 7 Jahren, in einem Gemeinderatsantrag gefordert. Damals fragten sich viele, wieso die GRÜNEN auf einmal ein Anliegen der Autofahrer verfolgen. Der Grund dafür war, dass wir zwar natürlich für eine Eindämmung des Autoverkehrs eintreten, dass wir aber andererseits absolut dagegen sind den Autofahrern durch viele undurchschaubare, unsinnige Einbahnregelungen Schwierigkeiten zu machen, sie zu Umwegen zu zwingen und damit die Lärm- und Umweltbelastung für unsere Bevölkerung zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, viele von ihnen wissen, der Welser Einbahnring war ein Produkt eines inzwischen völlig veralteten Verkehrskonzeptes, das dazu führte, dass sich viele Auswärtige im Welser Einbahnzirkus, wie sie es zumeist genannt haben, nicht zurecht finden und dass viele deswegen gleich ganz vermeiden nach Wels zu kommen. Mit dem Verkehrskonzept von DI. Joachim Kleiner aus dem Jahr 2006 sollte diesem Missstand ein Ende bereitet werden. Denn dort lautete die Empfehlung den Einbahnring um die Innenstadt für den Gegenverkehr zu öffnen. Das ist jetzt immerhin auch schon wieder 12 Jahre her.

Obwohl inzwischen einiges umgesetzt wurde, nämlich die Einbahnöffnungen in der Pollheimerstraße, der Volksgartenstraße und schließlich auch in der Dr. Groß-Straße sowie im nördlichen Teil der Roseggerstraße, ist noch einiges offen. Diese Einbahnöffnungen haben sich bewährt und sind uns inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden. Nicht umgesetzt wurden aber die Einbahnöffnungen in der südlichen Roseggerstraße und in der Eisenhowerstraße. Deshalb stellten wir zu diesen beiden Punkten als GRÜNE im Jahr 2011 Anträge im Gemeinderat. Damals wurden diese Anträge ohne jede Diskussion an den Verkehrsausschuss verwiesen und dort nach einer aus meiner Sicht eher skurrilen Diskussion mehrheitlich abgelehnt. Dennoch ist dieses Thema virulent geblieben. Es wurde immer wieder über diese Maßnahmen diskutiert und die Idee fand im Laufe der Zeit mehr und mehr Anhänger. So hat sich schließlich auch der Herr Bürgermeister bemüht bei seiner Bürgerbefragung im Jahre 2016 abzufragen, ob die Welser die Einbahnregelung der

Eisenhowerstraße auflassen wollen. Das Ergebnis dürfte ihnen allen bekannt sein, fast zwei Drittel stimmten dafür. D.h. seit dieser Bürgerbefragung im Jahr 2016 herrscht allgemeiner Konsens darüber, dass auch dort die Einbahn aufgehoben werden soll und seither ist diese Angelegenheit angeblich in Arbeit.

Die 2016 beauftragten Umsetzungsmaßnahmen wurden aber immer wieder mit den unterschiedlichsten Begründungen hinausgezögert. Sowohl ich als auch andere Kollegen im Verkehrsausschuss fragten immer wieder nach, was der Stand der Dinge ist und haben dabei Verschiedenes erfahren. Heute wissen wir, dass wir dabei nach Strich und Faden „verarscht“ worden sind, ich kann es nicht anders sagen.

Zunächst einmal wurde alles auf das Land Oberösterreich geschoben, das angeblich die Entscheidung verzögert. Schließlich wurde ins Spiel gebracht die Entscheidung würde auch damit zusammenhängen was mit dem Kaiser-Josef-Platz geschieht – was nicht wirklich logisch ist. Dann wurde mitgeteilt, die technischen Fragen der Umsetzung seien ohnedies schon geklärt und im November vergangenen Jahres wurde schließlich behauptet es sei eine Machbarkeitsstudie beauftragt worden, die Entscheidung werde daher im Februar fallen. Abgesehen davon, dass kein Mensch weiß wozu es jetzt überhaupt eine Machbarkeitsstudie braucht, ist auch das nicht wahr gewesen.

In der Maisitzung des Verkehrsausschusses platzte nämlich die Bombe. Es wurde klar, dass diese Machbarkeitsstudie noch nicht einmal in Auftrag gegeben worden war. D.h. die Mitglieder des Verkehrsausschusses wurden eineinhalb Jahre lang vertröstet und mit falschen Informationen abgespeist, während der politisch verantwortliche Referent sich offensichtlich auch nicht ausreichend vom Stand der Dinge hat unterrichten lassen.

Für mich ist damit klar, dass bei der Umsetzung dieses Projektes alle Beteiligten geschlafen haben. Uns reicht es jetzt wirklich, meine Damen und Herren! Deshalb kommen wir heute mit diesem Antrag, deshalb fordern wir heute ein, dass die Einbahnöffnung in der Eisenhowerstraße, wie es im Antrag heißt, unverzüglich umzusetzen ist. Unverzüglich heißt, ohne Verzug, ohne jede weitere Verzögerung!

Offensichtlich haben sich bis zur Welser Verkehrsplanung noch nicht einmal die primitivsten Grundsätze der Projektplanung durchgesprochen. Deshalb möchte ich in diesem Zusammenhang den zuständigen Referenten, Verkehrsstadtrat Klaus Hoflehner, auffordern bei der nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses, die aber jedenfalls noch vor der Sommerpause stattfinden soll, zumindest einmal Ansätze einer solchen Projektplanung vorzulegen. Wir als Gemeinderäte brauchen eine vollständige Auflistung aller notwendigen Maßnahmen bis diese Einbahnöffnung in Kraft treten kann und wir wollen wissen was davon schon erledigt ist und was nicht. Für alles was noch nicht erledigt ist, brauchen wir ein konkretes Datum bis zu dem es so weit sein soll. Natürlich fordern wir auch, dass dieser Angelegenheit oberste Priorität zuerkannt wird und der verantwortliche Stadtrat dafür sorgt, dass der Umsetzungszeitplan auch eingehalten wird. Nicht mehr und nicht weniger will dieser Antrag erreichen. Ich ersuche sie deshalb um ihre Unterstützung.

GR. Zaunmüller: Ich würde diesen vordringlichen Initiativantrag der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion übertiteln mit „berechtigte Ungeduld“. Berechtigte Ungeduld wohl deswegen, weil wir sehr häufig in den verschiedensten Gremien über die Öffnung der Eisenhowerstraße mit den unterschiedlichsten Zugängen und mit den unterschiedlichsten

Ergebnissen diskutierten. GR. Mag. Teubl sprach es an, es gab tatsächlich eine Bürgerbefragung, bei der sich rund 63 % der teilnehmenden Bevölkerung für die Öffnung der Eisenhowerstraße aussprachen. Es ist auch für mich unverständlich, warum ein relativ langes Zeitfenster dazwischen lag und keine entsprechende Umsetzung erfolgte. Ich glaube, es würden keine baulichen Hinderungen oder erforderliche bauliche Maßnahmen dagegen sprechen, sondern es durchaus umgesetzt werden könnte. Nach meinem Wissensstand wurde tatsächlich eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Es wäre für mich auch ein klar nachvollziehbarer Lückenschluss von der Salzburger Straße hin zur Dr. Groß-Straße die Eisenhowerstraße aufzumachen. Allerdings verknüpfe ich – daran möchte ich erinnern – diese Öffnung der Eisenhowerstraße unmittelbar auch mit der Öffnung der Roseggerstraße. Diese Öffnung der Roseggerstraße wird angeblich durch die Übersiedlung des Polizeiwachzimmers auf den Kaiser-Josef-Platz in das neue Amtsgebäude erleichtert.

Für mich hängen allerdings beide Fragen zusammen, nämlich sowohl Eisenhowerstraße als auch Roseggerstraße. Der Antrag Eisenhowerstraße greift mir zu kurz, daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Initiativantrages in den Verkehrsausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Zaunmüller auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 3) an den Verkehrsausschuss wird mit

gegen 25 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Spindler, GR. Stojanovic, GR. Wildfellner und GR. Dr. Csar sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

3.)

Prof. Walter Rescheneder, Wels, Maria-Theresia-Straße 54 F 18;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD
BdB-325-01-4-2018

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss vom 24.05.2018:

Herrn Prof. Walter Rescheneder, Wels, Maria-Theresia-Straße 54 F 18, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Dekan Univ.-Doz. Mag. Dr. Günther Hendorfer, 4081 Hartkirchen, Buchenweg 3;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD
BdB-325-01-5-2018

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss vom 24.05.2018:

Herrn Dekan Univ.-Doz. Mag. Dr. Günther Hendorfer, 4081 Hartkirchen, Buchenweg 3, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

5.)

Harald Immitzer, Wels, Wimpassinger Straße 57/11;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD
BdB-325-01-6-2018

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss vom 24.05.2018:

Herrn Harald Immitzer, Wels, Wimpassinger Straße 57/11, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

6.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2018/004

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss vom 24.05.2018:

Die in der Anlage 1 und Anlage 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird mit

26 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

GR. Schönberger, GR. Dr. Csar und GR. Mag. Teubl sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

7.)

Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2017

FD-Buch-15-2017

miterledigt: FD-Fin-101-2017

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss vom 24.05.2018:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2017 wird genehmigt.

Vzbgm. Kroiß: Ich darf dazu Herrn FinDir. Dr. Barth um seine Ausführungen ersuchen.

Dr. Barth referiert laut beiliegender Anlage 9.

Vzbgm. Kroiß: Danke Herrn FinD. Dr. Barth für seine wie immer perfekten Ausführungen. Aber natürlich auch ein großes Dankeschön an alle Mitarbeiter des Hauses Magistrat, denn ohne deren volle Unterstützung wäre so ein Ergebnis nicht zu erreichen. Ich möchte mich zu Beginn bei allen politischen Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit in vielen Bereichen bedanken. Viele Beschlüsse, wie die Investitionsbeschlüsse beispielsweise des Neubaus APH Hans-Sachs-Straße, das Objekt Greif, Park & Ride-Anlage, Investitionen im Pflichtschulbereich wurden einstimmig gefasst und zeigen, wie verantwortungsvoll die Politik hier agiert.

Die Stadt Wels schließt das Jahr 2017 mit seinem bisher besten Ergebnis ab und erwirtschaftet einen Überschuss von 13,1 Mio. Euro. Damit setzt sich der eingeschlagene Sparkurs der Stadt Wels erfolgreich fort und es wurde um 9,8 Mio. Euro weniger ausgegeben. Eingespart wird auch bei den laufenden Tilgungen. Der Schuldendienst konnte um 40 % verringert werden. Sehr erfreulich ist für uns, dass die Einnahmenseite sich um 5,1 Mio. Euro verbesserte. Hier sticht die Kommunalsteuer mit einer Steigerung von 5,2 % eklatant hervor. An dieser Stelle ein großes Dankeschön an die Welser Unternehmen, die sehr viel investieren und dadurch auch mehr Mitarbeiter beschäftigen.

Die Transferausgaben hingegen stiegen um 12,6 %, d.h. die Kosten an das Land steigen, die Einnahmen vom Land hingegen werden zunehmend weniger. Dieser Rechnungsabschluss ergibt ein Rekordergebnis für die Stadt Wels und bestätigt unseren

Reform- und Konsolidierungskurs, den wir weiter fortsetzen werden und müssen. Der Rechnungsabschluss wurde im Ausschuss diskutiert und ich ersuche um Zustimmung bzw. um Diskussion.

GR. Prähofer: Das Ergebnis 2017 ohne Neuverschuldung ist auch von unserer Seite aus äußerst positiv zu sehen. Ein großer Dank an die Welser Wirtschaft, an die Unternehmer mit ihren Mitarbeitern, die hier einen ganz wesentlichen Beitrag leisten. Dieses tolle Ergebnis resultiert natürlich auch durch die konstruktive Arbeit in den Fraktionen und vor allem in der Koalition, wo wir als ÖVP mit dem Blick in die Zukunft sehr konsequent handeln und denken. Es ist eine ganz einfache Rechnung, wenn ich immer mehr Geld ausgabe als einnehme, so wie es in der Vergangenheit oft war, wird der Betrieb irgendwann in Schwierigkeiten kommen und ich habe nie die Möglichkeit zur Schaffung von Ressourcen für irgendwelche wichtigen Zukunftsprojekte.

Der Verschuldungsgrad liegt bei 8 %, war zuletzt 2009 mit 7,5 % niedriger, aber in den Folgejahren ist er ganz dramatisch auf fast 30 % des Haushaltes explodiert. Natürlich wirkte sich der Verkauf der Sparkassenanteile ganz positiv aus. Es war sicher der ideale Zeitpunkt zur Setzung einer solchen Maßnahme. Es macht einen großen Unterschied ob gegenüber den Kreditinstituten Verbindlichkeiten in Höhe von 60 oder 17 Mio. Euro bestehen, denn dadurch haben wir jetzt wesentlich weniger Zinsbelastung zu tragen.

Wir wünschen uns für die Zukunft noch größere Rücklagen bilden zu können. In Wels hat sich in den letzten Jahren sehr viel getan und wir müssen das eine oder andere wichtige Projekt vor uns herschieben, weil wir es nicht finanzieren können. Zum Schluss möchte sich die ÖVP-Fraktion bei FD Dr. Barth und seiner Dienststelle sehr herzlich bedanken; sie gehen hier immer außerordentlich sorgfältig vor.

GR. Ganzert: Natürlich schließe ich mich diesem Dank an Herrn Finanzdirektor, seinen Dienststellenleitern und jedem einzelnen Mitarbeiter an, wie den Mittelbewirtschaftern, die tagtäglich auf die Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit schauen und versuchen mit den öffentlichen Steuermitteln sorgsam umzugehen.

Das mit der Neuverschuldung ist richtig, ist aber keine Kunst bei dem Geldregen von 72 Mio. Euro keine Neuverschuldung aufzunehmen. Das müssen wir leider im Doppelbudget 2018/2019 machen. Es wäre traurig hätten wir es letztes Jahr machen müssen, wo das Geld entsprechend floss. Bei den dargestellten Zahlen war ich etwas verwundert über die rund 200.000 Euro weniger zu zahlenden Zinsen an die Bank und die Kreditgeber. GR. Prähofer sagte, es war der ideale Zeitpunkt zum Verkauf der Anteile, aber eigentlich waren wir dazu gezwungen, weil der Syndikatsvertrag nichts anderes zugelassen hätte. Jeder wäre schlecht beraten gewesen die Anteile an der Allgemeinen Sparkasse zu einem späteren Zeitpunkt zu verkaufen. Das hätten wir machen können, aber dann zu einem ganz anderen Wert.

Ich hätte mich über eine Beibehaltung sehr gefreut, denn diese Kooperation mit der Sparkasse war nicht nur die Putoption zu einem gewissen Zeitpunkt ziehen zu können und die Geldmittel zur Verfügung zu haben, sondern es ging auch um die Dividende. In diesem Zusammenhang muss berechnet werden wie lange wir eine Dividende von der Sparkasse bekommen hätten. Es hieß, wir haben zahlreichen Subventionen im Kulturbereich und im Sportbereich. Da sieht es jetzt ein bisschen schlechter aus und ist

bei den Vereinen spürbar. Dennoch ist es sehr beeindruckend wofür wir dieses Geld benötigt haben, wie das Greif, das APH in der Hans-Sachs-Straße u.a.m.

Bei der Erstellung des Doppelbudgets fragten wir bereits, warum das so bald und mit Druck bis zum 31.12.2019 beschlossen werden muss? Beim nächsten Tagesordnungspunkt geht es um eine Kreditüberschreitung von 161.000 Euro, eine Summe, die so nebenbei hineinflattert. Die aktuelle Regierung kann das ganz einfach über die allgemeine Haushaltsrücklage und die Rücklagen aus den Anteilen der Allgemeinen Sparkasse bedecken. Dieser Betrag ist sicher gut angelegt im Welldorado, aber bei der Budgeterstellung wurde noch nicht darüber gesprochen und jetzt sind die Summen einfach da.

Insofern möchte ich mich beim Dank und beim Lob der Mitarbeiter anschließen, aber natürlich ist es die Veranlagungspolitik, die über Jahrzehnte gemacht wurde, damit diese Mittel vorhanden sind.

GR. Schäfer, BSc: Es wäre fast schon verwunderlich, wenn die SPÖ-Fraktion nicht wieder den Verkauf der Sparkassenanteile aufs Parkett bringen würde. Ein paar Kennzahlen zur Verdeutlichung: Überschuss von 13 Mio. Euro, Schuldenreduktion von 40,9 %, Kommunalsteuererhöhung von 5,2 %, Personalausgabensenkung von minus 90.000 Euro. Wie wir wissen ist es nicht so einfach bei einem öffentlichen Träger Personalausgaben zu reduzieren. Sonstige und Sachausgaben um 2,5 % gesunken. In Summe sind das fast 9 Mio. Euro.

Dafür kann dem jetzigen Finanzreferenten, Bgm. Dr. Andreas Rabl, ein großes Lob ausgesprochen werden. Ich bezweifle zwar, dass das von der SPÖ-Fraktion jemals kommen würde. Selbst dann nicht, wenn wir 100 Mio. Euro Überschuss produzieren würden sie kein Lob über ihre Lippen bringen.

GR. Hufnagl: Wäre Bgm. Dr. Rabl jetzt im Sitzungssaal, hätte er von mir ein Lob bekommen, weil das ein sehr positives, respektables Ergebnis ist. Ein paar Punkte sind mir dennoch aufgefallen und die möchte ich jetzt mit ihnen teilen.

Mir ist aufgefallen, dass die Einnahmen im ordentlichen Haushalt um 2,4 % gestiegen sind. Die Inflationsrate lag bei 2,1 %, sodass die Einnahmen knapp über der Inflationsrate liegen. Allerdings sind die Ausgaben um 2,9 % gestiegen, somit sind diese höher gestiegen als die Inflationsrate und auch höher als die Steigerung der Einnahmen. In absoluten Zahlen bedeutet das, die Ausgaben stiegen um ca. 1 Mio. Euro mehr als die Einnahmen. 2016 war das genau umgekehrt - das sollte auch erwähnt werden.

Wie schon richtig erwähnt, stieg die Kommunalsteuer heuer um 2 Mio. Euro. Daher auch von Seiten der NEOS einen herzlichen Dank an die Unternehmer, die investieren, mehr Menschen beschäftigen und es ermöglichen, dass die Stadt Wels jetzt 2 Mio. Euro mehr lukrierte.

Die Personalausgaben bewegten sich in den letzten zwei bis drei Jahren auf einem ähnlichen Niveau. Sie sind seit 2016 sozusagen nahezu gleich geblieben. Die Personalausgaben und die Pensionen zusammengezählt ergibt nur eine Steigerung von 100.000 Euro – ein sehr gutes Ergebnis. Allerdings haben wir im Voranschlag 2018/2019 große Steigerungen enthalten, wobei mir bewusst ist, dass nicht jedes Jahr das Niveau

gleich gehalten werden kann und deshalb mahne ich für die nächsten Jahre zu einer Budgetdisziplin.

Ähnlich ist es mit den gefallenen Sachausgaben. Für 2018 rechnen wir mit plus 3,6 Mio. Euro. Auch hier ist mein Appell darauf zu schauen, damit diese 3,6 Mio. Euro plus tatsächlich nicht eintreffen. Nicht ganz so negativ sehe ich, dass wir es auch 2017 nicht schafften das Maastricht-Ergebnis zu erreichen. Hier sind wir mit 1,6 Mio. Euro im Minus. Dass die Einhaltung nicht möglich ist, tut mir in der Seele weh. Nichts-desto-Trotz sind diese minus 1,6 Mio. Euro deutlich besser als das Jahr davor mit minus 2,7 Mio. Euro und bedeutend besser als vor einigen Jahren mit minus 8 Mio. Euro.

Es wird keiner bezweifeln, dass dieser Rechnungsabschluss noch immer massiv aus den Verkauf der Sparkassenanteile profitiert. Am deutlichsten erkennbar ist das am Schulden- bzw. Darlehensstand in der Höhe von 69,15 Mio. Euro im Jahr 2015 und mit Ende 2017 betrug dieser 25,3 Mio. Euro. Dementsprechend ist die Pro-Kopf-Verschuldung auf einem Niedrigstand seit fast zehn Jahren mit 420 Euro. Natürlich haben die vorher vorgetragenen Kennzahlen davon profitiert, wie die Sparquote, die Eigenfinanzierungsquote und die Verschuldungsdauer. Am meisten davon hat der ordentliche Haushalt profitiert, weil wir fast 2 Mio. Euro weniger Schuldendienst leisten mussten.

Hier ist es ersichtlich, dass die Verbindlichkeiten, die Schulden niedrig gehalten werden, weil es eigentlich eine ganz einfache Rechnung ist. Es sind nicht per se die Schulden, die „böse“ sind, sondern der Schuldendienst, weil mehr Schulden auch mehr Schuldendienst bedeutet. Das wiederum bedeutet weniger freie Finanzspitze, weniger Spielraum für neue Investitionen. Daraus folgt eine erhöhte Darlehensaufnahme und darauf folgen wieder mehr Schulden und somit mehr Schuldendienst.

Meine Kritik bezieht sich nicht auf den Rechnungsabschluss 2017 sondern auf das Budget für die laufenden Jahre 2018/2019, weil in diesen Budgets wieder Schulden angeführt sind. Wir werden massive Schulden aufnehmen, die restlichen Rücklagen aus dem Sparkassenanteilverkauf auflösen und zusätzliche Schulden aufnehmen. Ende 2019 werden die Schulden wieder auf 53,5 Mio. gestiegen sein. Wir sind jetzt auf dem Tiefpunkt, aber die Schulden werden wieder massiv ansteigen.

Lobt man den Rechnungsabschluss 2017, so muss immer mit einem Auge auf die Zukunft geschaut werden. Rechnungsabschlüsse sind eine Art der Vergangenheitsbewältigung, Budgets sind die Zukunft und natürlich werden wir diesem Rechnungsabschluss unsere Stimme geben. Die Voranschläge für 2018/19 haben wir abgelehnt und wir sind der Meinung, diese Budgetpolitik kann einfach nicht so fortgeführt werden.

GR. Mag. Teubl: Wir GRÜNE sehen das ganz ähnlich wie soeben von GR. Hufnagl ausgeführt. Bei Betrachtung der Kennzahlen dieses Budgets kann nur ein großes Lob ausgesprochen werden für diesen Abschluss. Wird hinter die Kulissen geschaut, ist ersichtlich, dass es bestimmte Kriterien gab, die dazu geführt haben. Das eine ist der Verkauf der Sparkassenanteile - auch wenn das nicht so gerne gehört wird - in Höhe von 72 Mio. Euro. Um diesen Betrag hat sich die finanzielle Situation der Stadt verbessert. Vor allem haben wir im laufenden Jahr ein positives Ergebnis und das muss interpretiert werden. Ich behaupte und kann es auch nachweisen, dass nicht unbedingt das Sparen

im System dazu geführt hat, sondern dass das auch das Sparen im Sozial- und Kulturbereich war.

Wenn ich die Kennzahlen bejuble, muss ich auf der anderen Seite auch sehen wie dieses zustande gekommen sind, denn bestimmte Sozial- und Kulturvereinigungen haben inzwischen gewaltige finanzielle Probleme. Das heißt, die Stadt Wels ist ihren Verpflichtungen in der Kulturszene oder im Sozialbereich für entsprechende positive Entwicklungen zu sorgen meines Erachtens nicht mehr in dem Ausmaß nachgekommen wie es früher der Fall gewesen ist.

Der Hauptkritikpunkt ist aber natürlich, dass die positive Entwicklung der Schulden auf dem sensationellen niedrigen Wert von 25,3 Mio. Euro inzwischen schon wieder konterkariert ist durch dieses Doppelbudget, welches tatsächlich innerhalb von zwei Jahren eine Erhöhung des Schuldenstandes um weitere 18,23 Mio. Euro vorsieht, sodass wir dann Ende 2019 auf 43,5 Mio. stehen werden. Da sind noch nicht alle Kreditoperationen, die wir hier und andauernd im Stadtsenat beschließen, enthalten. Wir werden diese vorliegenden positiven Ergebnisse in zwei Jahren so nicht liegen haben und das obwohl an der Substanz des kulturellen und sozialen Lebens in unserer Stadt gespart wird.

Im Kontrollausschuss gibt es immer einen umfangreichen Kontrollbericht und ich war der Meinung, dass man den Rechnungsabschluss auf die Details seines Zustandekommens überprüfen können muss. Aus diesem Grund brachte ich damals eine Dienstaufsichtsbeschwerde ein, weil mir von der Stadt die Einsicht in die genauen Buchungen verwehrt wurde, d.h. genau anzusehen, wohin tatsächlich das Geld fließt. Im Rechnungsabschluss wird das nur im groben Überblick verzeichnet. Im Oktober 2017 wurde mir von der Gemeindeaufsicht des Landes Oberösterreich Recht gegeben. Es wurde gesagt, dass mein Vorhalt auf Einsicht der nötigen Unterlagen um das Zustandekommen des Rechnungsabschlusses überprüfen zu können, natürlich gegeben ist und es kann nicht im Ermessen der Stadtverwaltung stehen diese Notwendigkeit allein zu bestimmen.

Das heißt, es wurde mir im vorigen Jahr vollkommen Recht gegeben. Der Vizebürgermeister las am Beginn der heutigen Sitzung ein zweites Schreiben vor, das interessanter Weise im Mai eingegangen ist, nachdem die Stadt Wels interveniert hat und zum fast gegenteiligen Ergebnis gekommen ist. Denn jetzt heißt es, dass der Kontrollausschuss sich gefälligst darauf zu beschränken hat, dass er den Prüfbericht diskutiert und der Rechnungsabschluss selbst ist nicht Gegenstand der Diskussion. Ist das nicht eine sehr erhebliche Einschränkung der Kontrollmöglichkeiten des Kontrollausschusses und damit auch des Gemeinderates?

Positiv ist immerhin, dass der Rechnungsabschluss selbst als notwendige Unterlage angesehen wird, aber wir müssen diesen Rechnungsabschluss im „Blindflug“ beraten, denn eine nähere Einsichtnahme in sonstige Unterlagen ist „mangels gesetzlicher Deckung unter dem genannten Beratungsgegenstand nicht vorgesehen“.

Ich möchte anmerken, dass es äußerst bemerkenswert ist, wenn eine Dienststelle der Landesregierung – der sicherlich eine sehr hohe fachliche Kompetenz zugebilligt wird – innerhalb weniger Monate ihre Rechtsauffassung für ein und dieselbe Sachlage grundlegend verändert. Ich halte eine solche Kehrtwendung für äußerst fragwürdig und

frage mich, wie so etwas zustande kommt. Die Vermutung einer politischen Einflussnahme liegt jedenfalls nahe. Außerdem finde ich, dass das nicht den Gegebenheiten des Statutes der Stadt Wels entspricht, denn dort heißt es, dass alle zur Beratung eines auf der Tagesordnung stehenden Gegenstandes notwendigen Unterlagen natürlich eingesehen werden können. D.h. wir werden diese Auseinandersetzung auch weiterhin führen und wenn der Stadtrechnungshof die Aufgabe hat die Gebarung des Magistrates in Bezug auf Rechtmäßigkeit, Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit zu überprüfen, dann wird uns diese Prüfungstätigkeit durch diese zweite Entscheidung jedenfalls nicht leichter gemacht.

Ich meine wir gehen natürlich davon aus, dass die Finanzdirektion den Rechnungsabschluss rechnerisch richtig vorlegt. Geht es aber darum, die Sparsamkeit, die Zweckmäßigkeit und ähnliche Dinge festzustellen, dann ist man auf Bezeichnungen wie sonstige Ausgaben angewiesen, sonstige Entgelte für etwas wo nicht näher nachgefragt werden darf, was da genau war. Das ist mein Kritikpunkt, der nach wie vor offen ist und ich hoffe, wir kommen hier in Zukunft zu einer besseren Lösung.

GR. Schäfer, BSc: Wir können dieses aufgezeigte düstere Bild von Herrn GR. Mag. Teubl nicht teilen. Natürlich sind die Kennzahlen geduldig, Papier ist auch geduldig und natürlich hat die Schuldentilgung die Kennzahlen wesentlich verbessert. Beispielsweise wurde bei der Magistratsreform in der Führungsebene bei den Häuptlingen und nicht bei den Magistratsbediensteten und den Bürgern gespart und es wurden bzw. werden zahlreiche Rechnungshofempfehlungen umgesetzt.

Der Schuldenstand wird natürlich wieder steigen, weil wir einen großen Investitionsrückstau von Projekten haben, die nicht umgesetzt worden sind, die jedoch umgesetzt werden müssen.

GR. Ganzert: Kollege Mag. Teubl hat die Möglichkeiten der Schuldenentwicklung schon ausgeführt. Er hat Recht, wir hatten das Spiel schon einmal. Die Stadt Wels hatte die Wels-Strom aus der eww ag herausgelöst, war dadurch wieder fast schuldenfrei und hatte 2009 einen tollen Stand. In der Regel nahm dann der gesamte Gemeinderat und nicht nur der Finanzreferent oder eine Fraktion gemeinsam wieder neue Schulden auf. Wir reden von 2009 - die Zeit der großen Wirtschaftskrise. Jetzt gibt es Budgets für 2018/2019 mit neuer Aufnahme von Schulden. Würden wir so weiter machen und nicht aufpassen, kämen wir auch wieder auf diese Summe, wo wir schon einmal waren. Kollege Schäfer sprach schon die Kennzahlen an und das ist eine Frage der Sichtweise. Das Steigen der Kommunalsteuer ist natürlich sehr gut, ist aber ein Folge guter Lohnabschlüsse, denn je höher die Gehälter umso höher der Anteil der Kommunalsteuer. Ich bedanke mich bei den Unternehmern dafür durch Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und durch Bezahlung von besseren und faireren Löhnen.

Zum Überschuss möchte ich anführen, weil das Wort Überschuss so schön klingt und als ob wir eine Hauptversammlung hätten, dort wird über Überschuss, Aktie und Dividende berichtet und jeder Welser möge ins Rathaus kommen. Dann wird der Überschuss geteilt durch Einwohner und jeder bekommt Geld zurück bzw. es handle sich um einen Gewinn, der veranlagt oder Rücklagen gebildet werden können. Ich zitiere Bgm. Dr. Rabl, der unter Zeiten von Hermann Wimmer als Finanzreferent selbst sagte: „Das System ist in sich durchaus leicht verfälschbar.“ Im Planjahr kaufe ich mir den Bücherbus. Dann schaffe ich es aber nicht, weil im Planjahr der Bücherbus nicht zur Verfügung stand oder

ich plane fünf Parks und bin dann verwundert, weil ich nur drei errichten konnte. Dadurch habe ich allerdings 200.000 Euro eingespart, habe ich einen Bücherbus eingespart oder habe ich ein Budget, welches beschlossen wurde und ich als Finanzreferent sperre dann die Mittel und sage, dass diese und jene Projekte nicht gemacht werden dürfen. Durch die Budgetsperre kann das Geld nicht ausgegeben werden. Der Überschuss ist zwar budgetär vorhanden, bei den echten finanziellen Mitteln jedoch nicht, weil wir den ordentlichen und außerordentlichen Haushalt natürlich über Schulden bzw. über die Rücklagenentnahme und aus den allgemeinen Sparkassen-anteilen deckeln müssen. Überschuss klingt immer so schön, als ob das Geld überbleibt und wir haben einen großen Geldhaufen, auf dem wir sitzen.

Wir beschließen laufend die Attraktivierung von Parks bzw. zahlreiche Maßnahmen, für welche es budgetäre Mittel gibt. Im letzten Umweltausschuss kam die Frage, wann verschiedene Parks errichtet werden, weil es dazu schon Grundsatzbeschlüsse gibt. Als Antwort wurden personelle Gründe angeführt, die auf die Strukturreform zurückzuführen sind. Ich möchte begründen warum es nicht die Strukturreform war. Die Senkung der Personalkosten wurde auf der Folie dargestellt, aber das kommt durch Nichtverlängerung von über 70 befristeten Arbeitsverhältnissen im Jahr 2015 zustande. Wenn wir nicht nachbesetzen - da hat GR. Schäfer unrecht – sparen wir an den Bürgern.

Im Sommer vor einigen Jahren schafften wir es nicht im Kindergarten den Rasen ordentlich zu mähen. Dadurch war es für die Kinder nicht möglich ins Freie zu gehen und dort zu spielen. Gott sei Dank wurde das jetzt gelöst und ich freue mich, dass die Kinder jetzt die schönen Gärten nutzen können. Das sind Beispiele, wo die Dienstleistungen unseres Hauses nicht mehr stimmen.

Jemand, der in unserer Stadt umziehen möchte, erzählte mir, seine alte Küche wird nicht mehr benötigt. Wir zahlen alle mit unseren Müllgebühren auch eine Sperrmüllsammlung. Diese Dame wollte einen Termin für die Abholung ihres Sperrmülls vereinbaren. Ihr wurde gesagt, dass es die dafür zuständigen Mitarbeiter nicht mehr gibt. Im Sommer haben wir vielleicht Ferialpraktikanten, die uns das erledigen. Es wird immer gesagt, dass die Strukturreform diese Einsparungen brachte. Das Haus Magistrat untergliedert sich in Abteilungen, Dienststellen und Stabstellen. Es wurden um mehrere 100.000 Euro externe Berater gesucht für eine neue Struktur, weil es immer leichter ist zu sagen, das hat jemand anderer gesagt.

Dann mache ich viele Änderungen und lege zwei Dienststellen zusammen. Für diese beiden Dienststellen bewerben sich einige Personen. Die enthobene Person hat trotzdem gehaltsrechtliche Ansprüche, die nicht einfach weggenommen werden können. Die sich bewerbende Person ist dann in einer neuen Funktionslaufbahn mit Anspruch auf Erhöhung, Zuschlag etc. Ich habe mir noch nicht erklären können, wo hier wirklich eingespart werden konnte.

Die früheren Führungskräfte gibt es weiterhin und diesen kann ich nichts wegnehmen. Dazu gibt es neue Führungskräfte. Es gab Pensionierungen, aber das sind natürliche Vorgänge, die sowieso eingetreten wären. Hier wurde vorher auch schon gefragt, ob es Sinn macht diese Dienststelle neu zu besetzen oder ob eine Zusammenführung besser ist. Aber alleine nur zu sagen aus der Strukturreform, die in erster Linie Geld kostete, gibt es keinen Kündigungen ist zu wenig. Diese gab es in Wahrheit nicht, aber es gibt eine Fluktuation im Personalbereich, welche vielleicht dem allgemeinen Klima geschuldet ist.

Ist aber auch dem geschuldet, dass nicht nachbesetzt wird. Die vorgebrachten Beispiele Kindergarten und Sperrmüllsammlung zeigen, dass nicht an den „Häuptlingen“ sondern bei den Welsern gespart wird.

Es gäbe jetzt leider viele Beispiele. Die Personalkosten sinken, aber nicht weil diese Strukturreform so erfolgreich ist. Vielleicht ist sie es in ein paar Jahren durch anstehende Pensionierungen, aber das hätte die Struktur auch ohne die Beziehung der Firmen KPMG und ICG ergeben.

StR. Josseck-Herdt: Lieber Stefan, du hast jetzt die Zeit ausgenutzt, weil der Herr Bürgermeister nicht da ist und du mit keinen Gegenargumenten rechnen musst. Du hast das Beispiel herangezogen, dass aus Einsparungsgründen im Jahr 2016 der Rasen in den Kindergärten nicht gemäht wurde - du bist unglaublich. Tatsächlich gab es damals eine Regenperiode und es konnte nicht gemäht werden - der Rasen wurde sehr hoch. Zwei Bedienstete konnten es natürlich nicht mehr schaffen alles auf einmal zu mähen. Es kann nicht für jeden Betrieb ein eigener Mitarbeiter zum Rasenmähen abgestellt werden.

Durch die Strukturreform wird das Rasenmähen in den Kindergärten von der Stadtgärtnerei mit den entsprechenden Geräten erledigt. Vorher wurden vorsintflutliche Geräte verwendet. Es ist nicht sinnvoll leistungsstarke Geräte, womöglich für jeden Kindergarten anzuschaffen. Für mich ist das ein Paradebeispiel wie etwas gut gelöst wurde, nämlich nachhaltig für die Zukunft zu schauen, welche Dinge vereinfacht und kostengünstig erledigt werden können.

Der Rechnungsabschluss des letzten SPÖ-Finanzreferenten wurde von der SPÖ-Fraktion derart in den Himmel gehoben, so muss ich mich fragen was passieren muss, damit sie einmal ein gutes Haar an diesem Rechnungsabschluss lassen.

Vzbgm. Huber: Liebe Margarete! Ja, es wird jetzt der Kindergarten von der Stadtgärtnerei gemäht. Es ist in Ordnung das zusätzlich zu tun. Aber wir bekommen dadurch nicht mehr Personal. Das ist ein Problem. Die Personalkosten müssen näher betrachtet werden, denn es wurden 70 befristete Dienstverträge nicht mehr verlängert. Diese Mitarbeiter waren nicht einfach so da. Beispielsweise fährt aktuell eine Partie der Stadtgärtnerei ein Müllauto, weil wir zu wenige Kraftfahrer haben. Uns fehlen die Kraftfahrer zur ordentlichen Unkrautbekämpfung, denn dafür gäbe es ein Gerät, aber dieses können wir nicht besetzen.

Wenn wir das Budget loben – der vorgebrachte Rechnungsabschluss ist in Ordnung -, müssen wir aber aufpassen nicht vor lauter Sparen den Apparat so kürzen, damit wir gewisse Dienstleistungen nicht mehr erbringen können. Es besteht die Gefahr der Verzögerung, beispielsweise die Parks nicht mehr so wie beschlossen errichtet werden können. Ich denke, wie sind nicht mehr 10 % über dem Personalschlüssel in den Alten- und Pflegeheimen. Hier gab es mehr Spielraum und das kostete natürlich Geld. Mein Appell lautet, bitte vor lauter Spargedanken darauf achten den Apparat nicht ganz herunterzufahren.

GR. Schatzmann: Sehr erfreulich, was hier abgeht! Die SPÖ-Fraktion zerpfückt das Budget und weiß immer alles besser. Die ganze Zeit war nur Schuldenpolitik, jetzt haben wir einmal ein vernünftiges Budget und jetzt ist es auch nicht recht. Zu Herrn Mag. Teubl

möchte ich anmerken, der so über die Kultur schimpft, die in Wels vernachlässigt wird. Sie müssen wissen, dass wir nach wie vor Subventionen wie eh und je an die Kulturstätten zahlen. Hier wurde überhaupt nichts eingeschränkt. Es hat noch kein Verein kein Geld bekommen, wenn er das angefordert hat. Das sind alles Geschichten, die hier erfunden werden.

StR. Reindl-Schwaighofer: Im Kulturbereich haben wir 10%-ige Einsparungen, das heißt, um 10 % sind die Subventionen an Kulturschaffende gekürzt worden. Wir mussten im MedienKulturHaus eine Ausstellung herausnehmen, weil sie nicht mehr finanzbar war. Wir stellten eine Balance her. Aber zu sagen es wurde nichts gekürzt, ist einfach falsch.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die angeregte Diskussion. Dem Kollegen Mag. Teubl möchte ich sagen, ich verwehre mich vehement dagegen wenn hier behauptet wird, die Stadt Wels hätte beim Land Oberösterreich zum Thema Stadtrechnungshof interveniert und eine politische Einvernahme hergestellt. Das würde das Land mit Sicherheit nicht zulassen.

Lieber Stefan Ganzert! Es wurde nicht behauptet, dass nur mit der Strukturreform alleine gespart wurde, sondern sie ist ein Teil davon warum das Budget so positiv ist. Zu deinem Beispiel betreffend Sperrmüll glaube ich, diese Aktion hat es schon vor langer Zeit zum letzten Mal gegeben und das mit dem Budget zu verknüpfen ist sehr eigenartig. Das Thema Rasenmähen wurde von StR. Josseck-Herdt ausführlich erklärt. Beim Thema Personalaufnahme kann durchaus hinterfragt werden, nach welchen Kriterien vor der Wahl 2015 das Personal aufgenommen wurde.

Insgesamt möchte ich mich für die positiven Wortmeldungen, die konstruktive Zusammenarbeit in vielen Bereichen bedanken und hoffe, dass wir gemeinsam zum Wohle der Welser Bevölkerung weiterarbeiten werden. Es kann jeder Rechnungsabschluss dazu verwendet werden sich Zahlen herauspicken, um den Referenten einer anderen Fraktion gut oder schlecht dastehen zu lassen. Tatsache ist, es wurde jede große Finanzierung und jede große Ausgabe einstimmig oder mit großer Stimmenmehrheit beschlossen. Bei der Aufnahme von Schulden muss beachtet werden wann diese Beschlüsse gefasst wurden und wann die Umsetzung erfolgt. Ich denke dabei an die Autobahnabfahrt Wels-Wimpassing, das Parkdeck und den Bücherbus – alles Beschlüsse, die vor längerer Zeit beschlossen wurden und jetzt schlagend werden.

Abschließen möchte ich mit Zeilen aus dem Zukunftsranking aller österreichischen Städte und 94 Bezirke in vier Kategorien. Wels-Stadt liegt bei den zukunftsfähigsten Bezirken auf Platz 8. Einer der Gründe liegt darin: „Wels hat eine sehr niedrige Verschuldung, die noch einmal stark gesunken ist. Wels ist eine lebenswerte, zukunftsfähige und dynamische Stadt, die etwas zu bieten hat.“ Wir sollten gemeinsam darauf stolz sein und das natürlich im Sinne von Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

8.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kreditüberschreitung „Mehraufwand Welldorado“
FD-Buch-14-2017

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentalausschuss vom 24.05.2018:

Die Kreditüberschreitung „Mehraufwand Welldorado“ wird genehmigt.

StR. Lehner: Dazu ist mir ein Punkt sehr wichtig. Es gibt im Welldorado in letzter Zeit immer wieder Sanierungsbedarf. Als Baureferent würde ich mir ein langfristiges Sanierungskonzept wünschen, bei dem wirklich die Gebäudesubstanz analysiert wird. Wir geben derzeit sehr viel Geld für das Welldorado aus, das sehe ich positiv. Das sollte strategisch mit einem ordentlichem Konzept geplant werden, um diese Sanierungen optimal vorbereiten zu können.

Vzbgm. Kroiß: Ich gebe dem Baureferenten Recht und wir haben mit den Mitarbeitern im Welldorado bereits einen Masterplan erarbeitet. Nach einem Wichtigkeitssystem von eins bis fünf wurde aufgeschlüsselt was ganz vordringlich erneuert werden muss. Dazu zählen die Hebeanlage, Überlaufgitter, Holzliegen, Kehrmaschine und WC-Schilder. Viele Dinge versuchen wir jetzt nach budgetärem Rahmen und nach Wertigkeit abzuarbeiten.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

gegen 25 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
4 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

Vzbgm. Huber, GR. Ganzert und GR. Prähofer sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Berichterstatter Stadtrat Klaus Hoflehner

9.)

Bodenmarkierungsarbeiten im Stadtgebiet von Wels -
Auftragsvergabe
BauD-BauS-19-2018

Der Antrag (Anlage 11) lautet:

Die Bodenmarkierungen im Stadtgebiet von Wels werden auf Grund des Angebotes vom 04.04.2018 mit einer Nettosumme von € 153.522,45 zuzüglich 20 % MWSt., das sind € 30.704,49, somit zu einem Bruttobetrag von € 184.226,94 an den Bieter Firma Bauschutz GmbH & Co KG, Wels, Dieselstraße 8, vergeben.

Die Vergabe der Aufträge darf erst nach Freigabe der erforderlichen Mittel erfolgen.

GR. Hacker: Die Erneuerung der Bodenmarkierungen umfasst im Wesentlichen Schutz- und Radwege. In Wels gibt es eine Vielzahl an verblassten Zebrastreifen. Speziell bei den Schulen, bei den Kindergärten und bei den Altenheimen stellen schlechte Bodenmarkierungen ein erhöhtes Sicherheitsrisiko dar. Hier besteht die dringliche Umsetzung die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um mehr Sicherheit gewährleisten zu können. Immer mehr Menschen fahren mit dem Fahrrad. Die Sicherheit der Radfahrer wird deshalb immer wichtiger, da nicht deutlich gekennzeichnete Radwege, die von Autofahrern schlecht zu erkennen sind, zur tödlichen Fallen werden können.

Eine Erneuerung der Radwegmarkierung leistet einen großen Beitrag zu mehr Sicherheit und entschärft Gefahrenzonen. Es ist sehr erfreulich, dass ein Welser Unternehmen diesen Auftrag in der Höhe von 184.000 Euro erhalten soll.

StR. Hoflehner: Danke Frau Gemeinderätin Hacker für die Erinnerung. Es ist eine meiner Schwerpunkte als Verkehrsreferent bei den genannten Gebieten, insbesondere bei den Schulen und Altenheimen – bei Verkehrsteilnehmern mit besonderem Schutzbedürfnis –, für einen zeitgemäßen Zustand nicht nur betreffend der Bodenmarkierungen und Verkehrslichtsignalanlagen für einen zeitgemäßen Zustand zu sorgen. Wir werden das in einem Programm abarbeiten und letztendlich werden wir am Ende dieses Programmes wieder von vorne beginnen, weil diese Bodenmarkierungen keine dauerhafte Beständigkeit haben. Ich sehe durchaus die Notwendigkeit dafür.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

10.)

Tourismusverband Wels, Stadtplatz 44;
Zuschuss für das Jahr 2018
Pol-044-WR03-1-2018

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 23.05.2018:

Die Stadt Wels gewährt dem Tourismusverband Wels für das Jahr 2018 einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 149.533,42 Euro. 145.000,-- Euro Zuschuss für touristische Maßnahmen und Projekte und 4.533,42 Euro Zuschuss für Personalkosten – zu Lasten der VASSt. 1.7710.757100.8, wobei die Auszahlung in zwei gleichen Teilbeträgen zu je 74.766,71 Euro erfolgt (erster Teilbetrag umgehend nach Beschlussfassung und zweiter Teilbetrag am 01.08.2018).

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung dieser Förderungsmittel ist durch Vorlage des Rechnungsabschlusses 2018 bis spätestens 01.05.2019 zu erbringen.

Einstimmig angenommen.

GR. Zaunmüller verlässt um 18.05 Uhr die Gemeinderatsitzung.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Gemeinderat Stefan Ganzert

11.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend drohender Mangel an Vertrags-Allgemeinmediziner in der Stadt Wels; Resolution an die OÖ Ärztekammer, die OÖGKK und das Land OÖ Verf-015-I-23-2018

Vzbgm. Kroiß: Zu diesem TOP gibt es einen Abänderungsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, der lautet:

Der Initiativantrag (TOP 11 der GR-Sitzung vom 11.06.2018) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend „drohender Mangel an Vertrags-Allgemeinmediziner in der Stadt Wels“ soll wie folgt abgeändert werden:

Im Beschluss soll „das Land Oberösterreich“ gestrichen werden und durch „der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger“ ersetzt werden.

Bitte diesen Abänderungsantrag in die Diskussion mitaufzunehmen.

GR. Ganzert: In der letzten Gemeinderatsitzung war der Punkt zur Förderung für Allgemeinmediziner mit Kassenvertrag in der Stadt Wels der am längsten diskutierte Tagesordnungspunkt. Bei GR. Karl Schönberger möchte ich mich noch herzlich bedanken, weil er dieses wichtige Thema aufgegriffen und einen Antrag an den Gemeinderat stellte. Er ist in Puchberg betreffend Nachbesetzung von Ärzten nicht untätig.

Wir machten auf den Mangel an Hausärzten mit Kassenvertrag aufmerksam. Derzeit fehlen in Wels drei praktische Ärzte, das heißt es gibt einen Langzeitkrankenstand und zwei Stellen sind unbesetzt. Bei Betrachtung des Durchschnittsalters der Ärzte wird der Mangel in Zukunft noch mehr werden und wir befürchten, dass es möglicherweise zu einem Engpass kommt. Der Antrag der letzten Sitzung wurde leider abgelehnt. Es hieß, es soll mit einer Wirtschaftsförderung gemacht werden. Nichtsdestotrotz ist dann einiges an Bewegung in diese Sache gekommen.

Der Bürgermeister gab uns in der Kronen Zeitung Recht und ich erwähnte es in der letzten Sitzung schon: Wenn es akut bzw. zu einem Problem wird, wird er sich darauf stürzen. Bgm. Dr. Rabl und Frau Vzbgm. Huber haben morgen einen Termin bei der OÖGKK. Es gäbe keine bessere Möglichkeit als den beiden diese Resolution mitzugeben, die wir an die Ärztekammer, die GKK und laut Abänderungsantrag selbstverständlich auch den Hauptverband der Sozialversicherung richten. Das Land Oberösterreich zu streichen, habe ich kein Problem. Wir haben im Gemeinderat Landesabgeordnete bzw. die meisten Fraktionen haben Abgeordnete im Landtag und ich weiß, diese werden sich für unsere Belange sehr stark einsetzen. Von LABg. Petra Müllner kann ich es fix sagen und ich glaube auch von LABg. Dr. Csar gibt es dafür die volle Unterstützung.

Ich sprach selbst mit Vertretern der GKK, um zu erfahren woran es liegt und ob es nicht Möglichkeiten gibt dies zu verbessern. Die GKK ist sich dieser Probleme bewusst und versucht etwas dagegen zu machen. Es wird erklärt, dass es die Medizinuni gibt bzw. verschiedenste Systeme um Studenten unterzubringen. Es hilft allerdings keinem Welser etwas, wenn 2025, 2028 wieder volle Dichte an Ärzten herrscht, sondern es geht um all jene mit gesundheitlichen Problemen, die diese Tage und die nächsten Jahre einen Hausarzt finden müssen, damit sie nicht in die Ambulanz des Krankenhauses müssen.

Ich möchte an unsere mediale Forderung für ein Primärversorgungszentrum anschließen. Das ist ein ganz maßgeblicher Schritt abseits vom jetzigen Hausärztemangel und abseits der Versorgung im Klinikum hier der Versorgungsregion Wels dem Bedarf gerecht zu werden und hoffe auf rege Diskussion und Zustimmung. Die Welser haben sich eine adäquate und vernünftige hausärztliche Versorgung mit Kassenvertrag verdient.

GR. Kroiß: Die Resolution der SPÖ-Gemeinderatsfraktion besagt, dass derzeit drei praktische Ärzte fehlen. Laut OÖ. Ärztekammerhomepage ist aber nur eine Vertragsarztstelle mit heutigem Stand frei. Dieser Stand ist bis April zurückzuführen. Die offene Stelle betrifft einen Hausarzt in der Neustadt. Für diesen wurde bis jetzt noch kein Nachfolger gefunden. Interessanterweise sprach der Obmann der OÖGKK in einem WT1-Interview davon, dass 98 % der Arztstellen besetzt sind. Das spricht wiederum für die ärztliche Versorgung in der Stadt Wels.

Die Wertschätzung in der Bevölkerung für den Beruf des Hausarztes ist da, aber die Honorierung entspricht einfach nicht mehr. Während der Wahlarzt all seine Leistungen verrechnen kann, bekommt der Kassenarzt durch die Deckelung von Honoraren unterschiedliche Abgeltungen für seine Leistungen. Das ist für angehende Ärzte alles andere als motivierend. Vielleicht sollte man - wie Kollege Ganzert schon erwähnte - an der zeitgemäßen Weiterentwicklung des Berufes arbeiten und nicht nur Panik in der Bevölkerung schüren, dass in ein oder zwei Jahren kein Hausarzt mehr für sie da ist.

Es freut mich aber sehr, dass der Vorschlag von Bgm. Dr. Rabl in der letzten Gemeinderatssitzung bezüglich Pensionierung der Ärzte bei der GKK eingereicht wurde.

Vzbgm. Huber: Danke für die positiven Signale zu unserer Resolution. Das wird uns für das morgige Gespräch mit der GKK Rückendeckung geben. Ich möchte meinen Fraktionsobmann nicht gerne korrigieren, aber als Gesundheitsreferentin darf ich noch einen Gedanken in die Diskussion bringen. Ich würde das Land Oberösterreich nicht aus der Verantwortung nehmen, weil mir ein Primärversorgungszentrum – so wie in Marchtrenk - für die Stadt Wels sehr gut gefallen würde. Es ist das ein Chance für junge, gerne in einem Team arbeitende Ärzte. Die Medizin wird weiblicher und Ärztinnen benötigen andere Rahmenbedingungen. In diesem Primärversorgungszentrum in Marchtrenk ist eine Ärztin, die vorher im Klinikum Wels beschäftigt war. Ihr gefällt es dort sehr gut, weil sie die Möglichkeit einer 20 Stunden-Beschäftigung hat.

Bei der Honorierungsform und der Finanzierung der Primärversorgungszentren gibt es in der Einführungsphase Pauschalhonorierungen durch die Sozialversicherung und vom Land Oberösterreich. Das Land kann hier sehr wohl mithelfen und daher würde ich es nicht aus der Verantwortung nehmen. Als Appell an die Landtagsabgeordneten, an dich lieber Peter, z.B. Anleihe nehmen im Burgenland. Die Burgenländische Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 20.03.2018 die Vergabe von Stipendien an Medizinstudierende ab dem dritten Studienjahr beschlossen. Auch hier könnten Akzente gesetzt werden, daher meine Bitte diese Resolution so mitzutragen und das Land in der Verantwortung zu lassen, weil jeder, die Ärztekammer, die GKK, das Land oder der Hauptverband der Sozialversicherung, aber auch die Kommune ein Stück dazu beitragen kann. Ob das eine Förderung von 5.000 Euro oder mehr ist oder ob wir behilflich sind bei Suche nach Räumlichkeiten, hier kann jeder seinen Beitrag leisten.

Zu den fehlenden Arztstellen, Frau GR. Kroiß, stelle ich fest, dass es sich um zwei offene Stellen wegen Pensionierungen und einen Langzeitkrankenstand handelt. Ich ersuche sie daher, diese Resolution mitzutragen.

GR. Stojanovic, BSc: Bgm. Dr. Rabl teilte bezüglich mehr Ärzte für Wels bereits vor Wochen die Position der Stadt Wels der GKK mit. Ich finde ihren Antrag sehr gut, allerdings nur mit der Änderung auf Herausnahme des Landes Oberösterreich, weil diese nicht zuständig ist. Ein Ärztezentrum klingt sehr gut, aber wir können nicht auf ein solches warten, weil es um jetzt fehlende Ärzte in Wels geht. Die GKK war in den letzten Jahren untätig und hat es verabsäumt einen Schritt vorzuschauen und zu sehen, welche Ärzte in Wels in Pension gehen und nachbesetzt werden müssen. Ich finde den Antrag gut und wir werden dem Antrag mit der Änderung zustimmen.

GR. Schönberger: Ausgeschriebene Stellen sind nicht offene Stellen, denn sieht man sich die vorhandenen Ausschreibungen seit Anfang des Jahres an, so ist ersichtlich, dass weitere Stellen nach wie vor in Wels zu besetzen sind.

Natürlich ist das Land Oberösterreich in die Pflicht zu nehmen. Wir befinden uns bei der Suche nach Allgemeinmediziner in Konkurrenz mit allen angrenzenden Bundesländern, mit allen angrenzenden Gemeinden in Oberösterreich, die auch keine Hausärzte mehr zur Verfügung haben. Das Land Niederösterreich überlegt eine eigene Firma zu gründen, bei der sie neue Allgemeinmediziner anstellen möchte. Deshalb kann das Land nicht aus

der Pflicht herausgenommen werden. Versäumnisse, die es von der GKK gegeben hätte, können schon so eingefordert werden - nur es stimmt nicht.

Es ist ein ganz großes Problem unserer Gesellschaft, dass die Anerkennung des Allgemeinmediziners im Berufsstand der Ärzte sehr niedrig ist. Es ist zu verstehen, wenn ein Facharzt um vieles mehr verdient und der junge Turnusarzt lieber ein Facharzt wird als Allgemeinmediziner. Es ist auch zu verstehen, wenn eine Praxis mit 1400 abgerechneten Patienten im Quartal zu übernehmen ist, das ein großer Arbeitsaufwand ist. Die Freizeit wird sich stark reduzieren und er wird nicht so viel verdienen als der Kollege, der eine Fachrichtung wählte.

Wir haben heute die Situation, dass jeder Medizinstudent zwischen drei, vier Fachrichtungen wählen kann, wo er weiß zukünftig einen Kassenvertrag zu bekommen. Das war in den vergangenen Jahrzehnten nicht so. Es ist noch nicht so lange her, da wurde in Österreich noch von einer Ärzteschwemme gesprochen. Es hilft uns in diesem Moment nicht zu wissen, dass es an der JKU Programme gibt, die den Allgemeinmedizinern einen besseren Stellenwert sowohl imagemäßig als auch verdienstmäßig geben werden. Es hilft uns nichts, wenn wir im Oktober für 2500 weitere Patienten keinen Arzt mehr haben und die angrenzenden Hausärzte keine Patienten mehr aufnehmen.

Hier helfen Programme der GKK nichts, laut denen angrenzende Ärzte von einem Arzt, der seine Praxis auflässt, höhere Anteile betreffend der Deckelung bekommt. Das ist allerdings schwer zu kontrollieren. Es gehört die Altersstruktur beachtet. Bei unserem Neustädter Mediziner sind die angrenzenden Ärzte auch nicht sehr viel jünger, somit kurz vor der Pensionierung. Diese werden sich das nicht mehr antun und 400 Patienten zusätzlich aufnehmen, da sie selbst nur mehr ein paar Jahre praktizieren. Das ist menschlich verständlich.

Wir als die politischen Verantwortlichen müssen Anreizsysteme schaffen, mit denen es uns gelingt, dass sich junge Allgemeinmediziner für die Stadt Wels interessieren. Diesen beinhalten Konkurrenzkampf müssen wir mit allen Kommunen in Österreich aufnehmen, die heute Hausärzte suchen. Wir brauchen jetzt eine Lösung und für die nächsten eineinhalb bis drei Jahren, wenn die nächsten Allgemeinmediziner in Pension gehen. Das können wir nur mit einem vernünftigen Anreizsystem schaffen. Es wird Wels als „Insel der Seligen“ keiner von außen helfen, sondern das müssen wir selbst regeln.

In Kärnten und der Steiermark werden die Ausschreibungen schon grenzüberschreitend gemacht, damit Hausärzte von Slowenien nach Graz bzw. in die Umlandgemeinden kommen. Deshalb kann das Land Oberösterreich nicht aus der Verpflichtung genommen werden hier gemeinsam mit uns nachzudenken, wie solche Anreizsysteme aussehen könnten. Für das ist die Politik letztendlich zuständig, um den Menschen in Oberösterreich, in Wels für in diesem Moment entstehende Probleme kurzfristige Lösungen anzubieten. Für die mittelfristigen und langfristigen Probleme sind die GKK, die Unis und die Ausbildungssysteme zuständig.

StR. Lehner: Liebe Silvia Huber, lieber Karl Schönberger! Ich kann die Argumentationskette der Sozialdemokratie nicht mehr ganz nachvollziehen. Ich bin ständig damit konfrontiert, dass es große Kritik an der Bundesregierung gibt, weil angedacht ist, dass es „Eingriffe in die Selbstverwaltung“ geben soll. Hier wird argumentiert, es soll unbedingt

das Land Oberösterreich in eine ganz klar geregelte Materie miteingreifen, die in der Kompetenz der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung ist. Geben wir unseren Dienstgeber- und Dienstnehmervertretern die Möglichkeit mit dieser Resolution noch einmal mehr wahrzunehmen, dass wir hier in Wels ein massives Problem haben, welches wir alle gelöst haben wollen. Aber das ist nicht Aufgabe des Landes Oberösterreich sondern das ist Aufgabe der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung. Die haben sich darum zu kümmern und das zu erledigen.

Ich ersuche die Sozialdemokratie das so zu sehen, weil ihr sonst eure eigene Dienstnehmervertretung, für die ihr angeblich auf Bundesebene derzeit so intensiv kämpft, schwächt.

GR. Wiesinger: StR. Lehner brachte es auf den Punkt warum dieser Abänderungsantrag eingebracht wurde, weil das Land Oberösterreich keine Kassenverträge abschließt. Vor einem Monat war noch die Stadt Wels verantwortlich und zuständig, jetzt ist das Land zuständig und im nächsten Antrag ist die Bundesregierung verantwortlich. Nein, zuständig sind die Ärztekammer, die GKK und der Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

Die Besorgnis, dass sich das Land Oberösterreich - im speziellen Dr. Csar - nicht um den Ärztemangel kümmert, kann ich ihnen nehmen. Dr. Csar war mitverantwortlich, dass die Medizinuniversität in Oberösterreich gegründet wurde. Das wurde gemacht, weil der Ärztemangel damals schon bekannt war. Das Land Oberösterreich macht sehr viele Sachen und ist mit Dr. Csar in guten Händen.

Mir ist außerhalb dieses Themas aufgefallen, dass in einigen Amtsberichten und in einigen Wortmeldung Namen und Daten genannt werden. Vielleicht kann sich der Herr Magistratsdirektor ansehen, welche Auswirkungen die Datenschutzverordnung für uns Gemeinderäte hat. Es gibt ein Protokoll, es wird live übertragen. Wir nennen hier Namen von Ärzten, die vielleicht einmal aufhören bzw. sind in den Amtsberichten Namen angeführt, wo ich nicht weiß, ob diese ihre Zustimmung gegeben haben. Welche Auswirkungen hat das für uns Gemeinderäte – das wäre vielleicht einmal interessant.

GR. Schäfer, BSc: Wir freuen uns natürlich sehr über diesen von der SPÖ-Fraktion eingebrachten Antrag. Der Herr Bürgermeister gab dazu ja den Anstoß. Allerdings sind wir nicht die hohe Bundespolitik und nicht die hohe Landespolitik, deswegen konzentrieren wir uns auf das, was wir als Stadt Wels können, nämlich die richtigen Stellen auffordern. Die richtige Stelle ist hier nicht das Land, sondern die GKK und der Sozialversicherungsträger.

Mein Appell an die SPÖ-Fraktion, bitte mit der Führung der GKK zu sprechen, denn vielleicht sollte das ganze System etwas überdacht werden. Wir schicken jährlich 34 Mio. Euro nach Wien zur Verlustabdeckung, damit diese die horrenden Arztverträge oder die Anreize finanzieren können. Meiner Meinung nach ist hier am ganzen System etwas falsch.

StR. Reindl-Schwaighofer: Wir sind uns alle einig. Wenn wir nicht aufpassen, haben wir in Wels eine Versorgungslücke bei den praktischen Hausärzten. Zuständig für die Verträge ist die GKK. Aber wer ist dafür zuständig, dass wir zu wenige Mediziner ausbilden, die Ausbildungsorte sich so veränderten und daher für Allgemeinmediziner nicht mehr

attraktiv sind? Diese Fragen müssen wir uns stellen und da kommen die Politik, das Land Oberösterreich und die Bundesregierung ins Spiel.

Ein heutiger Beschluss ist sehr wichtig. Ihr tut so als ob das Land Oberösterreich keinen Einfluss darauf hätte und gleichzeitig wird Dr. Csar für die MED-Universität OÖ gelobt. Haben wir keinen Einfluss darauf, wie kann dann ein Landtagsabgeordneter Einfluss in diesem Zusammenhang haben? Die teuersten Ausbildungsplätze in den medizinischen Berufen haben wir in sehr kleinen Universitäten, d.h. es sind die in Oberösterreich angebotenen Ausbildungsplätze in Wirklichkeit die teuersten. Hier haben wir Kosten, welche normalerweise nicht nötig wären. Diesen Provinzialismus, unbedingt eine MED-Universität in Linz zu benötigen, halte ich nicht mehr aus, denn was wir wirklich brauchen sind Techniker. Wir sind ein Industriestandort und die in Graz studierenden Techniker kommen nicht mehr zurück. Diese Diskussion gehört geführt, wenn es darum geht warum wir zu wenige praktische Ärzte haben.

Die GKK macht die Verträge mit den praktischen Ärzten und nimmt die Ausschreibungen vor. Was soll sie machen, wenn sich niemand bewirbt? Mittlerweile gibt es ganz intelligente Systeme, bei denen Stipendien bezahlt werden damit auswärts studierende Welsler Mediziner auch wieder nach Wels zurückkommen. Sie können durch das Stipendium verpflichtet werden den Standort wieder zu bedienen. Zur Zeit geht es darum, dass jeder Standort schaut seine Bedürfnisse abzudecken. Wir müssen mehr Ausbildungsplätze im medizinischen Bereich haben.

GR. Dr. Csar: Wir können froh und stolz darauf sein in Linz eine Medizinuni zu haben. Lieber Johnny, ich verstehe nicht, warum du das versuchst krank zu jammern, das schadet der Qualität des Gemeinderates und deinen bisherigen Aussagen.

Dass du die Techniker hervorhebst, finde ich gut, aber ich möchte nicht von einem Mechatroniker operiert werden. Daher bekennen wir uns zum Medizinstudium. Du kannst ja versuchen mit der E-Card zum Techniker zu gehen und dich dort behandeln zu lassen. Aber es wird dir nichts bringen.

Wir möchten zu diesem vorliegenden Initiativantrag eine Problemlösung, dass etwas weitergeht und wir wieder mehr Ärzte für Wels bekommen. Dazu brauchen wir zur positiven Umsetzung die Ärztekammer, die GKK und die Sozialversicherungsanstalten, aber nicht das Land Oberösterreich. Es kann der Bund, die Gemeinden jeder Bürgermeister und jeder Gemeinderat angeführt werden, weil jeder auf seinem Gebiet seinen Beitragen leisten soll. Der Antrag ist gut, schauen wir etwas Vernünftiges zustande zu bringen und kommen wir möglichst bald zu Abstimmung, weil wir alle das Gleiche wollen.

GR. Schönberger: Liebe Kollegen, versteht ihr das nicht? Noch einmal, wir befinden uns in einem Wettbewerb! In diesem Wettbewerb sollten wir versuchen nach Wels und nach Oberösterreich Allgemeinmediziner zu bekommen. Jede Hilfe zur Unterstützung ist gut. Warum soll das Land nichts dazu beitragen können, damit in dieser hochgelobten Uni die richtigen Mediziner produziert und mit viel Glück dann in Wels tätig werden. Per se das Land herauszustreichen, außer es geht darum, Herrn Dr. Csar zu loben, verstehe ich nicht. Mein Empfinden ist ein anderes, weil wir jede Kraft benötigen, um dieses Problem abwenden zu können, weil so schnell die benötigten Allgemeinmediziner in Oberösterreich nicht ausgebildet werden.

Ich sehe es nicht ein, das Land Oberösterreich hier als verantwortliche politische Instanz herauszunehmen auch für die Welser.

GR. Ganzert: Ich möchte mich für die positiven Wortmeldungen bedanken. Es geht um ein und dasselbe Ziel, darum diesen drohenden Mangel zu verhindern und es uns gelingt, damit alle Welser ihren Hausarzt bekommen.

Kollegin Kroiß hat vollkommen Recht mit 98 % Versorgungsquote in Oberösterreich. Österreich hat die zweitgrößte Versorgungsdichte an Ärzten nach Griechenland. Das klingt nach einer sehr hohen Zahl, allerdings sind hier auch die Fachärzte miteingeschlossen. Das ist ein gutes Zeichen für die hervorragende Arbeit der GKK in diesem Bereich, wenn 98 % der Verträge und Vertragsstellen besetzt sind.

Bei der Diskussion zum Thema Land OÖ. sagte Kollege Schönberger richtig, dass der Hauptverband der Sozialversicherungsträger gerne mithineingenommen werden kann und es wurde sehr viel über die Gebietskörperschaften gesprochen. Das Land ist aber auch mitverantwortlich für die Universität. Der Bund legt die gesetzlichen Ausbildungskriterien fest und wie die Ausbildung funktioniert. Selbst die EU hat einen entsprechenden Anteil daran, denn diese könnte festlegen, dass die Arbeitszeiten im Klinikum anders getaktet werden, so werden zur Aufrechterhaltung mehr Ärzte benötigt und am freien Markt sind wieder weniger Ärzte, die Hausärzte werden könnten.

Das Land OÖ steht im Antrag, weil es der engste Partner für die Stadt Wels ist, weil wir direkten Kontakt pflegen und es auch beim Primärzentrum um die starke Partnerschaft geht. Wir hätten das Land gerne dabei gehabt, wir sind aber nicht dagegen, dass der Hauptverband der Sozialversicherungsträger dabei ist. Ich bin mir sicher, dass das Land sich der Gänze der Problematik bewusst ist, deshalb werden wir diesem Abänderungsantrag zustimmen. Wir werden nicht müde sein auch beim Land tagtäglich dafür zu kämpfen, dass die ärztliche Versorgung in Wels aufrechterhalten werden kann.

Der Abänderungsantrag (Anlage 13) der ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Initiativantrag (Anlage 14) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

GR. Mag. Brenner-Nerat verlässt um 18.30 Uhr die Gemeinderatsitzung. GR. Zaunmüller hat die Sitzung bereits verlassen.

12.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Erstellung einer Suchtpräventionsstrategie
Verf-015-I-20-2018

GR. MMag. Rumersdorfer: Die Schlagzeilen rund um die Drogenproblematik in Wels reißen einfach nicht ab. Gehen einerseits Delikte rund um Einbruch und Sachbeschädigung zurück – unlängst gab es dazu eine Statistik – so steigen andererseits Delikte in Bezug auf Suchtmittel enorm an. Langsam aber sicher ist es Zeit hier präventiv und nachhaltig entgegen zu steuern, aber nicht mit dem Vorschlaghammer.

Die gute Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe, die auch der objektive Volksanwaltschaftsbericht für Oberösterreich bestätigt und deren zahlreiche Mitarbeiter generell zu diskreditieren, weil eine Drogenrazzia in einem Jugendheim in Wels Umstände aufdeckte, die bei näherem Betrachten alle erklärbar sind, kann nicht das Ziel sein. Unbestätigten Gerüchten zufolge oder „die Nachbarin sagt“, ist einer Stadt wie Wels nicht würdig. Das ist unseriös und bringt niemanden etwas, schon gar nicht den Jugendlichen, die dieses Heim bewohnen. Es macht höchstens die bestehenden sozialen Netzwerke schlecht und dividiert die Gesellschaft weiter auseinander. Unser aller Ziel, das haben wir mit unserem Eid im Gemeinderat geschworen, muss es sein das Beste für alle Bewohner der Stadt Wels zu schaffen – zum Wohle der Stadt. Wir müssen die Suchtursachen und die Drogendealer bekämpfen und nicht die Abhängigen.

Wenn das Schulsystem den anspruchsvollen Kindern und Jugendlichen keinen Rahmen bieten kann, dann müssen wir die Pädagogen stärken, aber nicht mit einer Prügelpädagogik sondern Budget in die Hand nehmen, um die Rahmenbedingungen sicherzustellen. Die Kürzung von Stellen von Sozialpädagogen ist nicht die Lösung, sondern eher das Problem. Auch das sollte auf der Hand liegen.

Es ist an der Zeit eine Law and Order-Politik, die zur Zeit an den Tag gelegt wird, wo mit Videoüberwachung und der Androhung von Schließungen langfristig sicher keinem Suchtkranken geholfen wird, zu beenden. Das Problem verlagert sich höchstens und ist nur temporär aus der Innenstadt verschwunden.

Wir GRÜNEN fordern nun eine umfassende und langfristige Suchtpräventionsstrategie zu erstellen. Der Status Quo ist folgender: Wir haben eine gut funktionierende Drogenberatungsstelle im neu angesiedelten Sozialpsychischen Kompetenzzentrum im Alten Schlachthofgelände. Außerdem war drei Jahre lang, nämlich von 2009 bis 2012, das Thema Suchtprävention – Wir setzen Zeichen! ein Schwerpunkt der Stadt Wels. Weiters gibt es den jährlichen Präventionspreis. Es soll eine Bewusstseinsbildung stattfinden, um die Anzahl der Betroffenen zu senken und die Schäden zu minimieren. So kann man es dem Gesundheitsbericht 2010 bis 2016 entnehmen. Im Gesundheitsziel 6. Suchtprävention ist außerdem vermerkt: Wirksame Suchtprävention ist integrieren in den Alltag und bildet Personen, die in relevanten Lebensumfeldern tätig sind (Lehrer,

Jugendarbeiter, Schlüsselpersonen in Betrieben, Ehrenamtliche) zu Multiplikatorinnen aus. Genau in diese Kerbe schlagen auch wir GRÜNEN.

Ein Schwerpunkt auf Suchtmittelprävention sollte gelegt werden, und zwar ein umfassender und nachhaltiger. Prävention auf der einen Seite und Nachhaltigkeit auf der anderen Seite sind die wesentlichen Begriffe hier. Denn Schuldzuweisungen bei gleichzeitigen Kürzungen von Personaleinheiten bringen niemanden etwas.

Was derzeit passiert ist genau das Gegenteil von dem, was gebraucht werden würde. Streetworker wurden vom Land auf die Hälfte gekürzt, die Stadt Wels besetzt sie nicht nach. Aufsuchendes Streetwork in den Stadtteilen ist nicht mehr möglich, wie das die Referenten im letzten Gemeinderat bei ihrer Anfragebeantwortung erwähnte. Gerade in den Stadtteilen, in denen die Situation ohnehin schon angespannt ist. Das birgt förmlich Konfliktpotential und hat negative Auswirkungen auf die viel und ständig geforderte Sicherheit der Bewohner, aber auch auf das allgemeine Zusammenleben im Stadtteil. Wichtige Ansprechpersonen, die den Jugendlichen Stabilisierung geben können und als Multiplikatorinnen von Suchtprävention fungieren, gehen verloren.

Das alles habe ich mir aber nicht selbst ausgedacht, weil ich prinzipiell davon überzeugt bin, dass jede und jeder das Beste aus seinem Leben machen will und niemand absichtlich suchtmittelabhängig werden will. Es steht nämlich auch so in der Informationsbroschüre von „Wir setzen Zeichen“. Prävention und Gesundheitsförderung haben grundsätzlich die Aufgabe Gesundheit in ihrer Gesamtheit zu stärken. Es sollen nicht nur individuelles Problem und Fehlverhalten korrigiert bzw. reduziert werden. Thema ist vor allem das Aktivieren und Stärken von Bewältigungsressourcen. Wesentliche Aufgaben stellen in diesem Zusammenhang die Entwicklung von Schutzfaktoren sowie die Minimierung von Risikofaktoren dar. Der Weg kann nur ein ganzheitlicher und gemeinsamer sein und keiner mit dem drohenden Zeigefinger und weiteren Kürzungen.

Wir GRÜNEN fordern daher mit diesem Antrag die Erstellung einer langfristigen und nachhaltigen Suchtpräventionsstrategie, in dessen Vordergrund der Ausbau der Sozialarbeit stehen muss. Entsprechende Schulungen von MultiplikatorInnen, wie erwähnt LehrerInnen, NachmittagsbetreuerInnen, Kindergarten- und FreizeitpädagogInnen, Ehrenamtlichen, Angebote für Kinder aus suchtbelasteten Familien zu etablieren, damit diese nicht auch in eine Suchtmittelabhängigkeit rutschen, Ausbau von bestehenden Tagesstrukturen, in denen Suchtkranke betreut werden, insbesondere mit Beschäftigungsprojekten, damit sie eine Tagesstruktur haben und die Erweiterung niederschwelliger Beratungs- und Betreuungsangebote vor allem auch in den Stadtteilen.

Darüber hinaus sind niederschwellige psychotherapeutische Angebote sowie die Grundversorgung auszubauen. Aufsuchendes Streetwork muss wieder verstärkt in den Stadtteilen implementiert werden mit dem Schwerpunkt Suchtmittelkonsum. Weiters soll der Informationsaustausch mit den Streetworkern wieder intensiviert werden, denn diese sitzen an der Basis und wissen was gebraucht wird.

Wir dürfen Sozialschwache nicht noch mehr schwächen, denn wenn wir diese Menschen in ihrer derzeitigen schwierigen Lebenslage auffangen und stabilisieren, kosten sie uns im Endeffekt mehr als das Personal, das wir jetzt zu bezahlen haben.

Sozialbudgetplanung darf nicht nur von Doppelbudget zu Doppelbudget gehen, sondern muss über Jahre hinweg eine stabile Planung und Umsetzung ermöglichen.

Wie ich heute schon zu Beginn erwähnte – ich sage es trotzdem: Wir leisten uns die Wasserspiele um 400.000 Euro, wir leisten uns Videokameras um 300.000 Euro, im selben Atemzug hungern wir das Sozialsystem aus, aber nur die Wasserspiele und Videokameras sind sichtbar. Die enorm wichtige Arbeit der Sozialarbeiter hinter verschlossener Tür nicht weniger.

Unser aller Ziel muss es sein die Drogenproblematik in Wels in den Griff zu bekommen und daher sind wir GRÜNEN in Wels uns sicher, dass mit einer umfassenden, langfristigen und nachhaltigen Suchtpräventionsstrategie dieser Problematik entgegen gewirkt werden kann.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Es hätte mich ja gewundert, wenn nicht heute wieder die Wasserspiele aufs Tablet gekommen wären. Ich freue mich schon wenn wir etwas Neues bauen, damit man das endlich in den Vordergrund rücken kann. Es ist natürlich auch klar, dass man sich immer gegenseitig ausspielen will, wo man etwas machen will.

Viele Dinge wurden erwähnt, die im vorliegenden Antrag nicht enthalten sind und damit nicht zur Debatte stehen. So möchte ich schon sagen, dass 27 Polizisten und Drogenhunde sicher nicht unseriös sind, wenn sie sozusagen eine von der Staatsanwaltschaft angeordnete Hausdurchsuchung durchführen. Diese Hausdurchsuchung ist weder unseriös noch wurde sie von irgendwem außer von der Staatsanwaltschaft veranlasst. Wir von der Stadt Wels haben kein Kind in dieser Einrichtung. Im Herbst vergangenen Jahres veranstalteten wir einen Runden Tisch, um diese Probleme aufzuzeigen. Abgängigkeitsmeldungen, die weit über der Norm sind und in deren Zeit auch Delikte verursacht wurden, haben dazu geführt. Es wurde seit dem Herbst nichts unternommen. Eines ist klar: Das Land Oberösterreich verbietet jeglichen Konsum von Suchtmitteln in sozialpädagogischen Einrichtungen. Noch einmal – das Land Oberösterreich hat hier die Aufsichtspflicht und hat diese zu wahren.

Die Kürzung und Streichung der Streetworker tut uns allen weh, nur wer hat gekürzt und wer hat gestrichen? Nicht die Stadt Wels, nein! Das Land Oberösterreich. Der Stadt Linz wurde kein Cent gestrichen, sondern nur der Stadt Wels. Das möchte ich noch einmal betonen.

Jetzt gehen wir aber bitte zum Antrag, denn auch darin gibt es ein paar Dinge, die vielleicht zu ergänzen sind um Informationen zu liefern. Sie sprechen von Schulungen und Angeboten für Kinder von suchtbelasteten Familien. Dazu verweise ich auf eine hervorragende Institution für Suchtprävention, und zwar Promente. Diese spezialisierte sich auf Schulungen und bieten für Kinder aus suchtkranken und suchtbelasteten Familien wirklich ganz hervorragende Workshops an.

Zum Ausbau von bereits bestehenden Tagesstrukturen muss ich sagen, dass die Stadt Wels den Verein FAB, das Projekt Talon für suchtkranke Menschen, jährlich unterstützt. Dort können suchtkranke Menschen einer Arbeit nachgehen. Die niederschwellige Kontaktpunkt Mikado ist sozusagen in Wels zum größten Teil von der Stadt finanziert. Betonen möchte ich, es gibt nicht eine Stadt in ganz Österreich, die das zum Großteil finanziert. Sondern das wird alles über Vereine finanziert. Also tun wir nicht so,

wie wenn Wels nicht bereits einige Dinge in diesem Bereich unternimmt. Denn auch dort können suchtkranke Menschen einer Beschäftigung nachgehen.

Ich darf auch die GRÜNE-Fraktion sehr herzlich einladen unsere Veranstaltungen, die wir in diesem Bereich organisieren, zu besuchen. 2017 gab es in den Minoriten einen hervorragenden Vortrag vor ca. 300 Personen und es gab im Februar 2018, genau vor den Semesterferien für die Schulklassen dazu einen Vortrag mit 800 Schülern in der Stadthalle. Also auch hier tut die Stadt Wels sehr wohl etwas präventiv. Die niederschwellige Beratungs- und Betreuungseinrichtung Mikado bietet ebenfalls Drogenstreet an.

Natürlich ist dieser Antrag und der Ansatz dazu sehr gut, deswegen können wir gerne in einem Ausschuss darüber diskutieren. Deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 15) an den zuständigen Ausschuss wird mit

| | |
|-------|--|
| | <u>28 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion) |
| gegen | <u>1 Nein-Stimme</u> (NEOS) |
| und | <u>1 Stimmenthaltung</u> (GR. Mag. Teubl) |

angenommen.

GR. Mag. Brenner-Nerat und GR. Zaunmüller haben die Sitzung bereits verlassen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Rahmenbedingungen zum Pilotprojekt „Rechtsabbiegen bei Rot“
Verf-015-I-24-2018

StR. Hoflehner: Der gegenständliche Antrag lautet wie folgt: „Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt die notwendigen Rahmenbedingungen und allfällige Straßenkreuzungen zur Teilnahme an einem Pilotprojekt „Rechtsabbiegen bei Rot“ des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie zu erheben.“

Wir haben im Hause Magistrat auf allen Ebenen ausgezeichnete Mitarbeiter, die uns dieses Pilotprojekt erklären können. Ich setzte mich mit dem Thema auseinander, meine persönliche Meinung ist bekannt – ich halte das Rechtsabbiegen bei Rot nicht für eines der dringendsten Themen, die wir verkehrstechnisch in der Stadt Wels zu lösen hätten. Auf der anderen Seite geht es hier nicht um meine persönliche Meinung sondern um eine Abklärung, die der Verkehrsreferent zum Wohle der Welser Bevölkerung zu erledigen hat.

In der ehemaligen DDR war das Rechtsabbiegen bei Rot gang und gäbe – lt. einer Studie aus dem Jahr 2011. Offensichtlich wurden in der DDR damit keine negativen Erfahrungen gemacht. Aus einer Anfrage an den Bundesrat, an den Herrn Bundesminister Norbert Hofer vor ungefähr 2 – 3 Wochen ergibt sich, dass es letztendlich auch um das Abbiegen

bei Rot für Radfahrer geht, wo wir im Europäischen Raum relativ viel Erfahrungen haben. Wie gesagt, wir haben die notwendigen Experten vor Ort um abzuklären, ob die Rahmenbedingungen für eine Teilnahme der Stadt Wels an diesem Pilotprojekt gegeben sind.

GR. Mag. Teubl: Abbiegen bei Rot klingt grundsätzlich sehr gut und gerade für Radfahrer kann ich mir das sehr gut vorstellen, weil damit der Verkehrsfluss nicht beeinträchtigt wird. Zur allgemeinen Einführung einer solchen Abbiegeerlaubnis, die in der ehemaligen DDR und Teilen Deutschlands auch heute noch üblich ist, ist aber noch einiges zu sagen.

Der Verkehrsclub Österreich sieht diese Idee gar nicht so positiv. Ich zitiere, es heißt: „Das Rechtsabbiegen bei Rot für Kraftfahrzeuge gefährdet lt. internationalen Erfahrungen die Verkehrssicherheit von Menschen, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind. Durch die Einführung des Rechtsabbiegens bei Rot haben sich in den USA in den 70iger Jahren Unfälle mit Radfahrer und Fußgängern an den Kreuzungen fast verdoppelt.“

Ein Grund dafür, warum es erhöht zu Unfällen kommt, ist der tote Winkel, durch den die Sicht beim Abbiegen eingeschränkt ist, der insbesondere bei LKWs baubedingt besonders groß ist. Wir sollten uns das schon noch einmal anschauen, wenn hier festgestellt wird, dass gerade die schwächsten Verkehrsteilnehmer einer Gefährdung unterliegen. Es gibt auch eine Untersuchung der TU Dresden zu der Geschichte. Man kann sich das im Detail anschauen. Wir sehen es also durchaus nicht so positiv und werden heute dagegen stimmen.

Vielleicht wäre es sinnvoll und richtig das Ganze nochmals im Ausschuss zu diskutieren. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag dem Verkehrsausschuss zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Mag. Teubl auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages an den Verkehrsausschuss wird mit

gegen 4 Ja-Stimmen (GRÜNE-Fraktion, NEOS)
25 Nein-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Schönberger war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend, GR. Mag. Brenner-Nerat und GR. Zaunmüller haben die Sitzung bereits verlassen.

GR. Stojanovic, BSc: Im Antrag wurde die USA erwähnt. Vor kurzem war ich in den USA und bin selbst mit dem Auto gefahren. Das System Rechtsabbiegen bei Rot funktioniert dort. Es ist klar, es muss jeder Fahrer bei der Kreuzung stehen bleiben, sich versichern ob von der linken Seite ein anderer Verkehrsteilnehmer kommt und dann darf er erst fahren. Man muss als Fahrer die Verantwortung übernehmen und sich dem Verkehr anpassen.

Zu den Aussagen betreffend mehr Unfälle von Kollegen Mag. Teubl möchte ich sagen, man muss generell im Straßenverkehr sehr vorsichtig sein. Wenn man als Radfahrer unterwegs ist oder als Lenker eines Fahrzeuges muss man natürlich stehen bleiben und auf den Verkehr achten, damit es keine Unfälle gibt.

Das Rechtsabbiegen bei Rot eignet sich auch um Treibstoff und CO² zu sparen. Wer schon einmal in Amerika war, kann das nachvollziehen. Wir werden dem Antrag zustimmen.

GR. Hufnagl: Aus meinen Erfahrungen von USA-Aufenthalten kann ich berichten, dass es eine tolle Geschichte ist bei Rot rechts abzubiegen. Ich fragte mich schon immer, warum wir das in Österreich nicht haben. Das Einzige was mich ein wenig zweifeln lässt, ist das Thema des Pilotprojektes. Aus eigener Erfahrung merkte ich, es gibt in den USA auch Kreuzungen, wo man das nicht darf. Das ist speziell gekennzeichnet. Mich verunsicherte lediglich, wenn ich zu einer Kreuzung kam, ob es ein Schild gibt, dass es erlaubt oder nicht erlaubt ist. Aus dieser Erfahrung heraus habe ich mit diesem Pilotprojekt ein Problem und mit dem Satz, dass nur einzelne Kreuzungen vielleicht sogar nur für einen Test herangezogen werden. Die Unsicherheit für mich als Autofahrer und Verkehrsteilnehmer, ob ich das jetzt darf oder nicht, ist nicht sehr gescheit.

Generell wird es eingeführt ab Datum X, Aufklärung der gesamten Bevölkerung – das ist alles toll. Jedoch verstehe ich nicht wofür diese Pilotprojekte sind. Was machen wir dann? Stellt man dann fest es waren beispielsweise fünf Unfälle, zwei Radfahrer sind gestorben – dann machen wir das nicht, oder schon? Dieser Test ist an dieser Stelle nicht sinnvoll und gefährdet eher die Verkehrsteilnehmer als wie es positive Aspekte bringt.

GR. Dr. Csar: Die ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird diesen Antrag unterstützen. Der Antrag lautet: Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt die notwendigen Rahmenbedingungen, allfällige Straßenkreuzungen zur Teilnahme an dem Pilotprojekt zu erheben. Ich finde das notwendig und sinnvoll um zu wissen wie die Rahmenbedingungen sind. Daher soll der Magistrat in diesem Sinne beauftragt werden.

Als langjähriger Autofahrer glaube ich, dass eine solche Umstellung für jeden Autofahrer sehr groß ist und die Rechtsunsicherheit genommen werden muss. Daher braucht man in rechtlicher Hinsicht eine Klarstellung, bewusstseinsbildende Maßnahmen und wie die Rahmenbedingungen aussehen, um dies entsprechend dokumentieren zu können und erkenntlich zu machen. Zu den Rahmenbedingungen gibt es bisher noch nicht viele Aussagen vom Ministerium.

Weiters kann man feststellen, welche Kreuzungen allenfalls als Pilotversuch herangezogen werden. Es wurde u.a. immer wieder die Kreuzung Linzer Straße/Uhlandstraße als Möglichkeit angesprochen, damit man dann sagen kann, ob dort eine gewisse Entlastung der Kreuzung herbeigeführt werden konnte.

Die erwähnte Anfragebeantwortung an den Bundesrat des Herrn Ministers ist vom 22.5.2018 und versucht einige Unklarheiten darzustellen. Diese Anfragebeantwortung zeigt, die Rahmenbedingungen müssen gut geprüft werden um festzustellen, was es mit sich bringt und welche Unsicherheiten aus dem Weg geräumt werden sollen, insbesondere was den Radverkehr betrifft.

Erstaunen lässt mich eine Ausführung, die sagt, voraussichtlich werden LKWs auch von der Möglichkeit des Rechtsabbiegens ausgenommen sein. Das müsste man klären, ob es tatsächlich so ist und was das bedeuten würde. Wie das dann vom Verkehrsfluss her

funktioniert wenn LKWs nicht mehr abbiegen dürfen, ist auch für mich neu und es gehört vom Magistrat abgeklärt, ob dies tatsächlich so ist.

Vor einiger Zeit sagte die Stadt Linz sie möchte bei diesem Pilotprojekt ohne nähere Prüfung mitmachen, ohne Kreuzungen zu nennen. Wels möchte es etwas anders machen. Überlegen wir zuerst einmal was auf uns zukommt. Ein Dank an den Verkehrsreferenten, dass er diese Angelegenheit verantwortlich übernimmt und die Federführung macht, damit versucht wird ein Konzept gemeinsam zu erarbeiten. Linz hat noch keine konkreten Maßnahmen gesetzt, wir gehen es mit Bedacht an.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

Vzbgm. Kroiß: Zu den Fragen von GR. Mag. Teubl und GR. Hufnagl warum ein Pilotprojekt und wer dagegen ist, kann ich mich noch an die gleiche Diskussion vor Jahrzehnten erinnern, als es darum ging, ob wir die Einbahnen für Radfahrer öffnen. Auch da wurden nicht sofort alle Einbahnen geöffnet, sondern ist behutsam vorgegangen. Es gab vorher durchaus Widerstand, weil man sich nicht sicher war, ob das System funktioniert. Sieht man sich das heute an, so sind sehr viele Einbahnen für die Radfahrer geöffnet. Das haben wir step by step gemacht. Ich glaube beim Rechtsabbiegen bei Rot wird es genauso funktionieren.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger übergibt den Vorsitz wieder an Vzbgm. Kroiß.

StR. Hoflehner: Ich könnte es nicht besser sagen als Dr. Csar. Das ist dazu genau meine Position. Wenn man schon die Vereinigten Staaten von Amerika als Beispiel herannimmt, könnte man einmal über Geschwindigkeitsbegrenzungen oder andere amerikanische Dinge diskutieren, die durchaus auch zu Einsparungen von CO² oder Treibstoff führen könnten. Ich bleibe aber in Österreich und in der unmittelbaren Umgebung und vertraue wie immer auf die Expertise und Fachmeinungen der Kollegen des Magistrates.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion (Anlage *) wird mit

gegen 26 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ + ÖVP-Fraktion, NEOS)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Schönberger war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend, GR. Mag. Brenner-Nerat und GR. Zaunmüller haben die Sitzung bereits verlassen.

Anschließend erklärt Vzbgm. Kroiß die Sitzung für geschlossen.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 10.09.2018 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.